Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 und des Lageberichts

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	2
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	2
II. Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen	4
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	9
3. Lagebericht	9
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
III. Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
1. Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse	12
2. Mehrjahresübersicht	13
3. Ertragslage	14
4. Vermögens- und Finanzlage	25
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	36
I. Prüfung der zweckentsprechenden, sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG	36 36
II. Feststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG -	37
III. Prüfung der beihilferechtlichen Ausgleichsbilanz gem. Art. 4 Abs. 2 des Betrauungsaktes des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Gunsten des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg	38
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	39

CURACON

Anlagen

Jahresabschluss und Lagebericht

	Blatt
Bilanz zum 31. Dezember 2011	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	
Anhang 2011	1 - 14
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011	1 - 12
Rechtliche Verhältnisse	1
Kapitalflussrechnung	5
Definition der Kennzahlen	6
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG -	7
Beihilferechtliche Ausgleichsbilanz	23
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002	

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechts-modernisierungsgesetz)
BPflV	Bundespflegesatzverordnung
D&O	Directors and Officers
DRG	Diagnosis Related Groups (Diagnosebezogene Fallgruppen)
DRS	Deutsche(r) Rechnungslegungs Standard(s)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz Hessen
EStG	Einkommensteuergesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKHG	Hessisches Krankenhausfinanzierungsgesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
KHBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern (Krankenhaus-Buchführungsverordnung)
KHEntgG	Gesetz über die Entgelte für voll- und teilstationäre Krankenhaus-leistungen (Krankenhausentgeltgesetz)
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungs-gesetz)
KStG	Körperschaftsteuergesetz
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
PS	Prüfungsstandard des IDW
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des

Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg,
Groß-Umstadt,

im Folgenden auch Eigenbetrieb oder Krankenhaus genannt,

beauftragte uns gemäß dem Beschluss des Kreistages vom 13. Februar 2012 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und des Lageberichts.

Der Eigenbetrieb ist nach § 16 HKHG und § 27 EigBGes prüfungspflichtig.

Darüber hinaus wurde der Prüfungsauftrag um die Prüfung nach § 53 HGrG erweitert.

Weiterhin sind wir beauftragt die beihilferechtliche Ausgleichsbilanz für das Jahr 2011 gem. Art. 4 Abs. 2 des Betrauungsaktes des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Gunsten des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zu prüfen.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns gemäß §§ 316 ff. HGB durchgeführten Jahresabschlussprüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 17. Februar 2012 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen einer Stellungnahme zu beurteilen. Dabei haben wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs einzugehen. Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebs

Unseres Erachtens ist auf folgende Kernaussagen der gesetzlichen Vertreter zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Eigenbetriebs besonders hinzuweisen:

- Das Jahresergebnis des Jahres 2011 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, beträgt T€ 36. Die Bilanz zum 31. Dezember 2011 weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von T€ 3.987 aus.
- Die Entgeltverhandlungen für das Gesamtbudget des Eigenbetriebs der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg werden voraussichtlich zum 1. August 2012 genehmigt. Gegenüber 2010 ergab sich eine Budgetsteigerung für beide Häuser, deren Budgets erstmalig zusammen verhandelt wurden, von rund T€ 5.336.
- Die durch die Jahresfehlbeträge und fremdfinanzierten Investitionen der letzten Jahre begründeten Zins- und Tilgungsleistungen waren zwar im Berichtsjahr auf Grund des niedrigen Zinsniveaus weniger drückend, werden aber bei ansteigenden Zinsen die Liquidität und Wirtschaftlichkeit wieder einschränken.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs

Unseres Erachtens sind folgende Kernaussagen des gesetzlichen Vertreters zur voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebs hervorzuheben:

- Die erfolgten Neubesetzungen von Chefarztpositionen stellen wesentliche Chancen zur Entwicklung und Abrundung des Leistungsangebots und zur Stärkung des Images der Kreiskliniken dar. Insbesondere auch die neuen Leistungsangebote wie z. B. Psychiatrie werden zu einer deutlichen Stärkung der Kreiskliniken führen.
- In der baulichen Zielplanung wird die mittelfristige Ablösung des derzeitigen Krankenhausbaus in Groß-Umstadt durch einen stufenweisen Ersatz-Neubau verfolgt. Damit könnten die strategische Entwicklung, Marktattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Kostenstruktur erheblich verbessert werden.
- Problematisch für die weitere Entwicklung des Eigenbetriebs sind unter anderem die Rückkehr der Politik zu einem strikten Sparkurs in der gesetzlichen Krankenversicherung mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser bzw. auf die Krankenhausbudgets und der sich verschärfende Wettbewerb um Fachkräfte (insbesondere Ärzte), der zur Ausbremsung der weiteren Entwicklung des Krankenhauses und auch zu Kostensteigerungen führen könnte, wenn es nicht mehr gelingen sollte, ausreichend eigenes Personal zu gewinnen und zu halten.

Wir halten die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs durch den gesetzlichen Vertreter, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht zum Ausdruck kommen, für zutreffend.

II. Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Gemäß unserer Berichtspflicht nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB weisen wir insbesondere auf folgende Sachverhalte hin, die die Entwicklung des Eigenbetriebs wesentlich beeinträchtigen können:

Auf Grund der nachhaltigen Verluste des Eigenbetriebs weist die Bilanz zum 31. Dezember 2011 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von T€ 3.987,4 aus.

Darüber hinaus weisen wir auf die von dem Betriebsleiter im Lagebericht dargestellten Sachverhalte hin, wonach sich der Eigenbetrieb in einer angespannten Liquiditätssituation befindet und die weitere Steigerung der Leistungen und Verbesserung der Einnahmen bei gleichzeitiger Optimierung der Kostenstruktur zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dringend erforderlich ist.

Der Krankenhausträger ließ im Jahr 2007 von einer Beratungsfirma ein Stabilisierungskonzept für die Kreiskliniken in Groß-Umstadt und Seeheim-Jugenheim erstellen. Die Umsetzung des Maßnahmenkataloges soll zur Verbesserung der Ertragskraft führen.

Sollte sich die Ertragslage nicht wesentlich verbessern, ist der Eigenbetrieb des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Liquiditäts- und Bestandssicherung auf entsprechende Mittel des Trägers angewiesen.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht auf die Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlichen Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Darüber hinaus erstreckte sich die Prüfung gemäß § 16 HKHG auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Rechnungswesens, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG.

Zusätzlich haben wir auftragsgemäß die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) durchgeführt. Ferner ist auch § 27 Abs. 2 EigBGes zu beachten, wonach der Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften zu prüfen ist.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters des Eigenbetriebs. Ebenso ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Art und Umfang der Prüfung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB durchgeführt. Die vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen wurden von uns beachtet. Danach haben wir die Prüfung so geplant und durchgeführt, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sowie die sich aus § 16 HKHG ergebenden Anforderungen im Wesentlichen erfüllt sind. Die Prüfung des Jahresabschlusses haben wir unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung mit der Zielsetzung angelegt, Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung mit hinreichender Sicherheit zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 264 Abs. 2 HGB wesentlich auswirken.

Auf der Grundlage unseres risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie entwickelt. Diese basiert auf einer Einschätzung des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds sowie der Lage des Krankenhauses, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken sowie auf den Auskünften des gesetzlichen Vertreters. Sie wird darüber hinaus von der Größe und Komplexität des Krankenhauses und der Wirksamkeit seines rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems beeinflusst. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben wir bei der Auswahl und dem Umfang unserer analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise und der rechnungslegungsbezogenen Aussagen im Jahresabschluss berücksichtigt.

Des Weiteren sind unsere Feststellungen aus den vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen mit in die Prüfungsstrategie eingeflossen.

Darauf aufbauend wurde ein Prüfungsprogramm entwickelt. In diesem Prüfungsprogramm werden Art und Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Systemprüfungen, analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen. Art und Umfang sowie die Ergebnisse der Prüfungshandlungen wurden in unseren Arbeitspapieren dokumentiert.

Grundlage unseres Prüfungsprogramms war die Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems anhand der von uns erfassten Prozessabläufe und der sich daraus ergebenden Risikoeinschätzungen. Die analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen wurden unter den Aspekten der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit durchgeführt, um der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung zu tragen und ein hinreichend sicheres Urteil über die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften zu ermöglichen.

Der Eigenbetrieb hat die Lohn- und Gehaltsabrechnung auf das Dienstleistungsunternehmen ROKD Bielefeld ausgelagert. Zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der ausgelagerten Teile der Buchführung haben wir die von dem Eigenbetrieb eingerichteten Kontrollmaßnahmen über die Tätigkeit des Dienstleistungsunternehmens geprüft.

Hinsichtlich der Einzelfallprüfungen haben wir Stichproben in bewusster Auswahl gezogen.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Einsicht in die Summen- und Saldenlisten der Nebenbuchhaltungen Kreditoren und Abstimmung mit den Konten der Hauptbuchhaltung überzeugt.

Rechtsanwaltsbestätigungen wurden nicht eingeholt. Wir haben uns durch alternative Prüfungshandlungen mit hinreichender Sicherheit davon überzeugt, dass bedeutsame Rechtsstreitigkeiten nicht bestehen.

Im Rahmen der Prüfung der Guthaben und Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten haben wir von Kreditinstituten Bestätigungen über Guthaben und Verpflichtungen des Eigenbetriebs eingeholt.

Bei der Prüfung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben wir auf die Einholung von Saldenbestätigungen verzichtet, da wegen der Besonderheit der Debitorenstruktur (öffentliche Kostenträger sowie Einzelpersonen) ein Rücklauf nicht erwartet werden kann. Nach Art der Erfassung, Veraltung und Abwicklung der Forderungen konnte der Nachweis auf andere Weise hinreichend erbracht werden.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem Ausweis bei verbundenen Unternehmen abgestimmt.

Den Anhang prüften wir auf Vollständigkeit der nach der Krankenhaus-Buchführungsverordnung gesetzlich geforderten Angaben zur Herstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne von § 264 Abs. 2 HGB.

Die Angaben im Lagebericht haben wir auf Plausibilität und Übereinstimmung mit den während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen überprüft.

Wir haben Prüfung in den Monaten Mai bis Juni 2012 (mit planmäßigen Unterbrechungen) in den Verwaltungsräumen des Eigenbetriebs in Groß-Umstadt durchgeführt. Die abschließenden Arbeiten wurden in unserem Hause erledigt.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind uns von den gesetzlichen Vertretern und den uns benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Die gesetzlichen Vertreter haben uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss und zum Lagebericht mit dem ergänzenden Modul "Krankenhäuser" erteilt.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Organisation der Buchführung

Der Eigenbetrieb unterliegt als Krankenhaus den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und legt im Übrigen Rechnung nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) und des Handelsgesetzbuchs (HGB).

Das Rechnungswesen des Eigenbetriebs ist unverändert nach dem System der kaufmännischen Buchführung eingerichtet und wird EDV-gestützt unter Verwendung des SAP/ERP-Systems durchgeführt.

Der Eigenbetrieb lässt seine Lohn- und Gehaltsbuchhaltung im Serviceverfahren durchführen.

Ein angemessenes, der Größe des Eigenbetriebs entsprechendes rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem ist eingerichtet.

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Ordnungsmäßigkeit der Buchführung

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen einschließlich des Belegwesens entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Die Eröffnungsbilanzwerte sind ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen worden.

Die aus den Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

2. Jahresabschluss

Im Jahresabschluss wurden die gesetzlichen und rechtsformspezifischen Vorschriften sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und die ergänzenden Bestimmungen der KHBV und der Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes beachtet.

Der Jahresabschluss schließt an den von uns geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Vorjahresabschluss an.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften beachtet.

Der Anhang enthält die gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben.

3. Lagebericht

Der vom gesetzlichen Vertreter erstellte Lagebericht entspricht den Vorschriften des § 289 HGB und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss sowie unseren im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Ablauf des Berichtsjahres eingetreten sind, haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

Über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs wurde in ausreichendem Umfang berichtet.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach unserer auftragsgemäßen Prüfung stellen wir fest, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt, d. h. im Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden des Eigenbetriebs in dem vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 erfolgte gemäß den Vorschriften des HGB und der KHBV. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang angegeben.

Wesentliche Jahresabschlussposten wurden wie folgt bewertet:

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, wobei Zinsen nicht in die Herstellungskosten einbezogen wurden. Die Herstellungskosten umfassen ausschließlich die Einzelkosten. Das abnutzbare Anlagevermögen wird linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer der Betriebsgebäude beträgt 50 Jahre, die der anderen abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entspricht im Regelfall den steuerlichen Tabellen. Für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten über € 150 liegen und den Betrag von € 1.000 nicht überschreiten, wurde nach § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten eingerichtet, der linear über fünf Jahre aufgelöst wird.

Im Berichtsjahr wurde erstmals eine Stationsinventur durchgeführt. Durch die erstmalige Aufnahme der Bereiche ergab sich eine Ergebnisauswirkung von T€ 579,1.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind gekürzt um notwendige Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand von Kostenträgen und Selbstzahlern in Höhe von T€ 531,1 (Vorjahr T€ 957,2). Zum Prüfungszeitpunkt offene Forderungen aus den Jahren 2000 bis zum 31. Dezember 2007 wurden im Hinblick auf die Verjährung zu 100 % einzelwertberichtigt. Die Ermittlung der Wertberichtigung der übrigen offenen Forderungen erfolgt pauschalisiert in Abhängigkeit von dem Alter der Forderungen. Dabei kamen grundsätzlich folgende Abschlagssätze zur Anwendung:

Zum Prüfungszeitpunkt offene Forderungen aus	Wertberichtigung 2011 in %	Wertberichtigung 2010 in %
2007 und früher	100	100 (2008 und früher)
1.1.2008 bis 31.12.2010	20	50 (2009)
1.1. bis 31.12.2011	10	30 (1.1. - 30.6.2010)

Die Begrenzung der pauschalen Einzelwertberichtigung in Höhe von 10 % auf offene Forderungen des Jahres 2011 begründet der gesetzliche Vertreter mit der anhaltenden Aufarbeitung der Debitorenbuchhaltung, einem funktionierenden MDK-Management sowie der Systematisierung des Forderungsmanagements. Durch die Änderung der Bewertung der Pauschalwertberichtigung ergab sich eine positive Ergebnisauswirkung von T€ 281,2.

Die Anpassung der Pauschalwertberichtigung resultiert aus den tatsächlich gemachten Erfahrungen der Vorjahre.

Bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet. Von dem Wahlrecht, gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 1 EGHGB auf die Passivierung von vor dem 1. Januar 1987 gewährten Zusagen (Altzusagen) zu verzichten, wurde ab dem Wirtschaftsjahr 2006 nicht mehr Gebrauch gemacht.

III. Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse

Der Eigenbetrieb erfüllt mit seinen Kreiskliniken Groß-Umstadt und Jugenheim die Aufgaben der regionalen und überregionalen Versorgung und ist im Krankenhausplan des Landes Hessen mit insgesamt 396 Planbetten aufgenommen. Er unterliegt damit den Bestimmungen des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelegung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) vom 10. April 1991 sowie dem auf dem KHG beruhenden Landeskrankenhausgesetz Hessen (HKHG) in der jeweils gültigen Fassung.

Der Eigenbetrieb verfügt über folgende medizinische Fachrichtungen und Planbetten:

	Planbetten
Kreisklinik Groß-Umstadt	
Innere Medizin	111
Geriatrie[1)]	40
Chirurgie	83
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	30
HNO	3
Psychiatrie	86
	353
Kreisklinik Jugenheim	
Unfallchirurgie	43
	396

[1)] davon 6 tagesklinische Plätze

Die Fachabteilung HNO ist eine Belegabteilung.

Des Weiteren verfügt die Kreisklinik Jugenheim über 84 Betten zur Neurologischen Rehabilitation der Phasen C und D.

Personaleinsatz

Die Zahl der beschäftigten Vollkräfte veränderte sich wie folgt, wobei Teilzeitbeschäftigte in Vollkräfte umgerechnet wurden:

	2011	2010	Veränderung
	Vollkräfte		
Ärztlicher Dienst	21,1	21,1	0,0
Pflegedienst	89,3	88,7	0,6
Medizinisch-technischer Dienst	27,8	28,4	– 0,6
Funktionsdienst	25,7	25,3	0,4
Klinisches Hauspersonal	0,7	1,4	– 0,7
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	16,4	18,0	– 1,6
Technischer Dienst	3,0	2,9	0,1
Verwaltungsdienst	14,6	13,6	1,0
Sonderdienst und sonstiges Personal	1,0	4,1	– 3,1
	199,6	203,5	– 3,9

2. Mehrjahresübersicht

		2011	2010	2009	2008
Umsatzerlöse	T€	46.362,2	39.275,6	38.718,8	35.394,8
Umsatzerlöse je Vollkraft	T€	232,3	193,0	173,9	154,0
Materialaufwandsquote	%	68,0	61,1	54,9	54,5
Personalaufwandsquote	%	25,6	31,6	33,1	36,0
Vollkräfte	Anzahl	199,6	203,5	222,7	229,9
Personalaufwand je Vollkraft	T€	63,9	65,8	62,2	59,7
Betriebsergebnis	T€	– 4.707,0	– 2.973,1	– 1.559,8	– 1.834,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	T€	– 7,3	13,8	– 5,0	0,0
Fördermittelergebnis	T€	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzergebnis	T€	– 657,7	– 503,3	– 762,6	– 1.357,2
Neutrales Ergebnis	T€	5.384,9	3.462,6	471,6	228,2
Jahresergebnis	T€	36,4	0,0	– 1.855,8	– 2.963,3
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	T€	– 3.459,7	2.833,0	2.529,2	–
Bilanzsumme laut Vermögenslage	T€	77.237,6	68.632,0	64.274,3	59.630,9
Anlagendeckung	%	78,2	78,1	64,7	70,0
Investitionsfinanzierungsquote	%	67,3	71,1	69,0	68,1
Eigenkapitalquote II	%	40,3	37,4	26,0	30,8
Fremdkapitalquote (kurzfristig)	%	41,5	44,4	57,8	50,6

Nachfolgend wird der Jahresabschluss nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten untergliedert und analysiert.

3. Ertragslage

Gemäß der als Anlage beigefügten Gewinn- und Verlustrechnung schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von T€ 36,4 (Vorjahr: Jahresergebnis T€ 0,0) ab. Das Ergebnis liegt damit um T€ 36,4 über dem Ergebnis des Vorjahres.

Das Ergebnis setzt sich in den letzten vier Jahren wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Betriebliche Erträge	49.859,9	42.395,7	41.806,7	38.100,5
Betriebliche Aufwendungen	54.543,4	45.368,8	43.366,5	39.934,8
Betriebsergebnis	– 4.683,5	– 2.973,1	– 1.559,8	– 1.834,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	– 7,3	13,8	– 5,0	0,0
Fördermittelergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzergebnis	– 657,7	– 503,3	– 762,6	– 1.357,2
Neutrales Ergebnis	5.384,9	3.462,6	471,6	228,2
Jahresergebnis	36,4	0,0	– 1.855,8	– 2.963,3

Im nachfolgenden Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2010 sind die einzelnen Aufwands- und Ertragsposten gegenübergestellt und die Veränderungen aufgezeigt:

	2011		2010		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	46.362,2	93,0	39.275,6	92,6	7.086,6	18,0
Betriebskostenzuschüsse	50,2	0,1	39,5	0,1	10,7	27,1
Sonstige betriebliche Erträge	3.447,5	6,9	3.080,6	7,3	366,9	11,9
Betriebliche Erträge	49.859,9	100,0	42.395,7	100,0	7.464,2	17,6
Personalaufwand	12.749,3	25,6	13.398,8	31,6	– 649,5	4,8
Materialaufwand	33.919,8	68,0	25.886,7	61,1	8.033,1	31,0
Abschreibungen auf nicht geförderte oder nicht bezuschusste Vermögensgegenstände	1.350,7	2,7	963,5	2,3	387,2	40,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)	6.523,6	13,1	5.119,8	12,1	1.403,8	27,4
Betriebliche Aufwendungen	54.543,4	109,4	45.368,8	107,1	9.174,6	20,2
Betriebsergebnis	– 4.683,5	9,4	– 2.973,1	7,1	– 1.710,4	57,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	– 7,3		13,8		– 21,1	
Fördermittelergebnis	0,0		0,0		0,0	
Finanzergebnis	– 657,7		– 503,3		– 154,4	
Neutrales Ergebnis	5.384,9		3.462,6		1.922,3	
Jahresergebnis	36,4		0,0		36,4	

Die **Umsatzerlöse** setzten sich wie folgt zusammen:

	2011	2010	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen (einschließlich Bestandsveränderungen)	44.099,3	37.307,2	6.792,1
Erlöse aus Wahlleistungen	366,5	259,1	107,4
Erlöse aus ambulanten Leistungen	1.020,8	950,2	70,6
Nutzungsentgelte der Ärzte	875,6	759,1	116,5
	46.362,2	39.275,6	7.086,6

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen (einschließlich Bestandsveränderungen) setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Behandlungsentgelte			
Erlöse aus DRG-Fallpauschalen	36.038,1	30.701,9	5.336,2
Erlöse aus tagesgleichen Pflegesätzen	5.194,5	3.863,6	1.330,9
Erlöse aus Fallpauschalen und Sonderentgelten	1.613,3	1.106,1	507,2
Erlöse aus vor- und nachstationärer Behandlung	410,0	363,1	46,9
Erlöse aus anderen Entgelten	625,1	264,0	361,1
	43.881,0	36.298,7	7.582,3
Ausgleichsbeträge	– 1.036,2	– 54,5	– 981,7
Erlöse aus Ausbildungszuschlägen oder Ausbildungskostenumlage	774,3	873,8	– 99,5
Zuschläge nach dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung	240,8	167,6	73,2
	– 21,1	986,9	– 1.008,0
	43.859,9	37.285,6	6.574,3
Bestandsveränderungen	239,4	21,6	217,8
	44.099,3	37.307,2	6.792,1

Unter den Erlösen aus Krankenhausleistungen werden die in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den Gliederungsvorschriften der KHBV separat ausgewiesenen Bestandsveränderungen aus sogenannten Überliegern erfasst. Dabei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung im Geschäftsjahr 2011 begonnen wurde, deren Entlassung jedoch zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt war.

Die **Erlöse aus Wahlleistungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Einbettzimmer	171,5	108,1	63,4
Zweibettzimmer	115,0	48,4	66,6
Telefon	49,3	64,0	– 14,7
Begleitperson	30,6	25,6	5,0
Sonstige	0,1	13,0	– 12,9
	366,5	259,1	107,4

Die **Erlöse aus ambulanten Leistungen** des Krankenhauses betreffen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Ambulantes Operieren	769,7	733,4	36,3
Notfallbehandlungen	137,8	103,9	33,9
Physikalische Therapie	61,6	63,9	– 2,3
Praxisgebühren	51,7	49,0	2,7
	1.020,8	950,2	70,6

Die **Nutzungsentgelte der Ärzte** betreffen die von Ärzten im Rahmen ihrer privaten Liquidation an das Krankenhaus abzuführenden Entgelte.

Die um neutrale Erträge bereinigten **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Erträge aus Personalgestellung	1.043,7	960,4	83,3
Erlöse aus ambulanten Chemotherapien und aus Abgabe von Zytostatika	637,1	689,6	– 52,5
Miet- und Pachterträge	756,7	596,4	160,3
Erträge des Notarztwagens	292,3	291,0	1,3
Kostenerstattungen bei MDK-Prüfungen	202,6	152,2	50,4
Sach- und Personalkostenerstattungen	157,9	137,0	20,9
Skonti, Boni, Rückvergütungen	97,3	91,6	5,7
Erstattungen zur Qualitätssicherung und Systemzuschlag	34,4	41,8	– 7,4
Erträge aus Heizkostenabrechnung mit dem Bauverein AG, Darmstadt	9,1	8,8	0,3
Erstattungen von Versicherungen	1,9	4,9	– 3,0
Erträge aus medizinischen Untersuchungen durch den Betriebsarzt	0,4	0,4	0,0
Übrige betriebliche Erträge	214,1	106,5	107,6
	3.447,5	3.080,6	366,9

Der **Personalaufwand** setzt sich in den Vergleichsjahren wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Löhne und Gehälter	9.943,9	10.941,4	– 997,5
Soziale Abgaben	1.739,7	1.615,8	123,9
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.065,7	841,6	224,1
	12.749,3	13.398,8	– 649,5

Der Personalaufwand nach Dienstarten stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	2011		2010		Veränderung
	Aufwand Gesamt T€	Aufwand je Vollkraft T€	Aufwand Gesamt T€	Aufwand je Vollkraft T€	Aufwand Gesamt T€
Ärztlicher Dienst	2.705,0	128,2	3.496,2	165,7	– 791,2
Pflegedienst	4.822,0	54,0	4.787,8	54,0	34,2
Medizinisch-technischer Dienst	1.460,1	52,5	1.522,5	53,6	– 62,4
Funktionsdienst	1.468,6	57,1	1.368,0	54,1	100,6
Klinisches Hauspersonal	28,1	40,1	56,7	40,5	– 28,6
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	715,6	43,6	758,6	42,1	– 43,0
Technischer Dienst	180,7	60,2	206,6	71,2	– 25,9
Verwaltungsdienst	1.248,3	85,5	1.065,9	78,4	182,4
Sonderdienste und sonstiges Personal	78,2	78,2	92,2	22,5	– 14,0
Nicht zurechenbare Personalkosten	42,7		44,3		– 1,6
	12.749,3		13.398,8		– 649,5

Der **Materialaufwand** setzt sich wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
Medizinischer Bedarf	6.948,9	6.003,5	945,4
Wasser, Energie, Brennstoffe	1.386,4	1.315,0	71,4
Materialaufwendungen des Wirtschaftsbedarfs	210,6	177,7	32,9
Lebensmittel	30,3	27,9	2,4
	8.576,2	7.524,1	1.052,1
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
Speisenversorgung	1.486,1	1.396,9	89,2
Konsiliaruntersuchungen	391,9	902,3	– 510,4
Reinigung durch fremde Betriebe			
Gebäudereinigung	1.208,7	1.118,2	90,5
Wäschereinigung	851,9	782,5	69,4
Honorare für nicht im Krankenhaus angestelltes Personal			
Ärzte	8.527,7	4.891,2	3.636,5
Pflegedienst	5.239,7	3.382,5	1.857,2
Medizinisch-technischer Dienst	2.966,0	2.239,5	726,5
Verwaltungsdienst	1.718,5	1.206,7	511,8
Funktionsdienst	1.245,2	1.004,2	241,0
Servicepersonal	307,2	203,4	103,8
Medizinischer Schreibdienst	7,1	67,5	– 60,4
EDV-Dienstleistungen	0,0	35,7	– 35,7
Untersuchungen in fremden Instituten	806,7	636,0	170,7
Kosten der Lieferapotheke	255,5	235,1	20,4
Logistische Dienstleistungen	150,6	122,2	28,4
Kosten der Krankentransporte	80,4	68,1	12,3
Schädlingsbekämpfung	13,5	27,4	– 13,9
Arbeitssicherheit	10,4	10,4	0,0
Andere bezogene Leistungen	76,5	32,8	43,7
	25.343,6	18.362,6	6.981,0
	33.919,8	25.886,7	8.033,1

Unter den Aufwendungen des medizinischen Bedarfs sind erfasst:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Narkose- und sonstiger OP-Bedarf	1.493,4	1.529,8	– 36,4
Implantate	1.663,2	1.480,4	182,8
Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial	1.178,1	1.004,9	173,2
Arzneimittel	1.306,5	930,9	375,6
Laborbedarf	367,5	352,1	15,4
Blut, Blutkonserven und Blutplasma	251,9	223,7	28,2
Verbandmittel, Heil- und Hilfsmittel	223,2	184,2	39,0
Bedarf für Röntgen- und Nuklearmedizin	164,9	125,6	39,3
Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	57,9	55,3	2,6
Bedarf für EKG, EEG, Sonographie	17,4	13,7	3,7
Bedarf der physikalischen Therapie	5,5	4,7	0,8
Sonstiger medizinischer Bedarf	219,4	98,2	121,2
	6.948,9	6.003,5	945,4

Der Anstieg des medizinischen Bedarfs resultiert aus dem erstmals ganzjährigen Betrieb der Plastischen Chirurgie, der Eröffnung der Psychiatrie, der im Berichtsjahr erstmaligen Behandlung von Weaning-Patienten sowie der erstmalig ganzjährig durchgeführten Linksherzkatheteruntersuchungen.

Die um neutrale Posten bereinigten **sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)** setzen sich wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Aufwendungen des Verwaltungsbedarfs	2.474,4	1.830,4	644,0
Instandhaltungsaufwendungen	1.805,3	1.594,3	211,0
Kooperation Krankenpflegeschule	959,8	992,4	– 32,6
Versicherungen	350,9	287,0	63,9
Fort- und Weiterbildungskosten	157,0	156,7	0,3
Abgaben, Gebühren	387,9	91,1	296,8
Mieten und Pachten	202,7	54,1	148,6
Anschubfinanzierung Integrierte Versorgung	0,7	3,7	– 3,0
Steuern	3,0	3,0	0,0
Rechnungsabzug Sanierungsbeitrag	1,0	0,0	1,0
Übrige betriebliche Aufwendungen	180,9	107,1	73,8
	6.523,6	5.119,8	1.403,8

Unter den Aufwendungen des Verwaltungsbedarfs sind zusammengefasst:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Prüfungs-, Beratungs-, Gerichts- und Anwaltskosten	1.261,0	830,9	430,1
EDV-Aufwand	431,7	315,3	116,4
Repräsentationsaufwand	167,7	195,8	– 28,1
Marketing	155,4	0,0	155,4
Büromaterial, Drucksachen	122,9	165,3	– 42,4
Personalbeschaffungskosten	17,7	99,5	– 81,8
Fernsprech- und Rundfunkgebühren	57,6	61,5	– 3,9
Beiträge, Gebühren	47,7	44,7	3,0
Porto, Bankgebühren	51,3	36,3	15,0
Reisekosten	32,0	19,3	12,7
Bücher, Zeitschriften	25,5	18,7	6,8
Sonstiger Verwaltungsaufwand	103,9	43,1	60,8
	2.474,4	1.830,4	644,0

Die Gerichts- und Anwaltskosten beinhalten im Berichtsjahr eine Rückstellung für Rechtsunsicherheiten in Höhe von T€ 300,0.

Der Anstieg der Beratungskosten hängt u. a. mit dem Projekt "Einkauf" zusammen, dessen Ziel es ist, Einsparpotentiale beim Einkauf von medizinischem Bedarf aufzudecken.

Der Anstieg im Bereich EDV-Aufwand resultiert im Wesentlichen aus der Beratung über die EDV-Ausstattung der neuen Teilbereiche.

Die Aufwendungen für Marketing beinhalten Werbemaßnahmen.

Der sonstige Verwaltungsbedarf beinhaltet mit T€ 60,0 Aufwendungen für Bewirtung.

Von den Instandhaltungsaufwendungen entfallen auf:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Medizinische Anlagen, Apparate und Geräte	547,6	555,5	– 7,9
Technische Anlagen	332,8	239,5	93,3
Gebäude und Außenanlagen	264,8	193,3	71,5
Einrichtungen und Ausstattungen	73,6	49,3	24,3
Sonstige Instandhaltung	586,5	556,7	29,8
	1.805,3	1.594,3	211,0

Die Instandhaltungsaufwendungen beinhalten im Berichtsjahr durchgeführte Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Stationen sowie die Erneuerung von Bausubstanz.

Die sonstigen Instandhaltungsaufwendungen resultieren insbesondere aus einem Dienstleistungsvertrag mit der Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Gegenstand des Vertrags ist unter anderem die Erbringung von Wartungs-, Betreuungs- und Reparaturarbeiten für die Kreiskrankenhäuser Groß-Umstadt und Jugenheim.

Der Anstieg der Mieten und Pachten resultiert aus der im Berichtsjahr durchgeführten Übertragung der Parkraumbewirtung in den Eigenbetrieb.

Das **Fördermittelergebnis** stellt sich wie folgt dar:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen	851,2	3.681,8	– 2.830,6
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.662,6	2.293,4	369,2
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	60,0	61,0	– 1,0
Erträge aus der Auflösung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	35,8	35,8	0,0
Zinsen aus fiktiv festgelegten Fördermitteln nach KHG	8,8	36,9	– 28,1
Erträge aus dem Abgang des bezuschussten Anlagevermögens	0,0	1,8	– 1,8
Mieteinnahmen geförderter Telefonanlage/anteilige Anschaffungskosten Geschirrspülmaschine	0,0	62,3	– 62,3
	3.618,4	6.173,0	– 2.554,6
Aufwendungen aus der Zuführung von Zuweisungen und Zuschüssen zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	860,0	3.636,2	– 2.776,2
Abschreibungen auf bezuschusstes Anlagevermögen	2.758,4	2.382,5	375,9
Aufwendungen aus dem Abgang geförderter Sachanlagen	0,0	7,7	– 7,7
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0,0	146,6	– 146,6
	3.618,4	6.173,0	– 2.554,6
	0,0	0,0	0,0

Im **Finanzergebnis** sind folgende Ergebniskomponenten enthalten:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Zinsen aus Finanzanlagen	45,7	46,2	– 0,5
Zinsen aus Forderungen	12,2	12,6	– 0,4
Zinsen aus Kontokorrentguthaben	0,4	0,9	– 0,5
	58,3	59,7	– 1,4
Zinsen für Betriebsmittelkredite	296,0	203,0	93,0
Swapaufwendungen	25,6	22,9	2,7
Darlehenszinsen	367,9	296,6	71,3
Aufzinsung von Rückstellungen	26,5	40,5	– 14,0
	716,0	563,0	153,0
	– 657,7	– 503,3	– 154,4

Das **neutrale Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung T€
Neutrale Erträge			
Ausgleichszahlungen auf Grund des Betrauungsaktes	0,0	3.510,0	– 3.510,0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	300,0	918,5	– 618,5
Zahlungseingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen	3,5	52,8	– 49,3
Bonuszahlungen für Vorjahre	26,2	23,9	2,3
Erstattungen der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen	59,6	8,4	51,2
Ausgleichsbeträge für Vorjahre	4.476,8	0,0	4.476,8
Nachberechnungen für Vorjahre	149,1	0,0	149,1
Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	550,9	0,0	550,9
Sonstige periodenfremde Erträge	43,4	15,5	27,9
	5.609,5	4.529,1	1.080,4
Neutrale Aufwendungen			
Aufwendungen im Zusammenhang mit Rückstellungserhöhungen auf Grund der erstmaligen Bewertung nach dem BilMoG	0,0	366,3	– 366,3
Abschreibungen auf Forderungen/Zuführungen zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	46,9	358,5	– 311,6
Nachberechnungen für Vorjahre	0,0	107,2	– 107,2
Beratung Nexus	53,1	0,0	53,1
Amedes	22,1	0,0	22,1
Abschreibung von Mietforderungen gegen die Seniorendienstleistungs gemeinnützige GmbH Gersprenz	0,0	98,8	– 98,8
Steuernachzahlungen	0,0	43,9	– 43,9
Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	35,2	– 35,2
Periodenfremde Aufwendungen	102,5	56,6	45,9
	224,6	1.066,5	– 841,9
	5.384,9	3.462,6	1.922,3

4. Vermögens- und Finanzlage

Vermögens- und Kapitalstruktur

In der nachfolgenden Übersicht werden die Vermögens- und Kapitalposten der Bilanz zum 31. Dezember 2011 zusammengefasst und den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt.

Vermögensstruktur

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	57.753,1	74,8	48.385,1	70,5	9.368,0
Rechnungsabgrenzungsposten	425,5	0,6	439,2	0,6	– 13,7
	58.178,6	75,4	48.824,3	71,1	9.354,3
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	1.736,5	2,2	865,2	1,3	871,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.662,4	16,4	9.657,5	14,1	3.004,9
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	752,9	1,0	200,8	0,3	552,1
Forderungen an den Krankenhausträger	3.504,8	4,5	3.510,0	5,0	– 5,2
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3,6	0,0	3,2	0,0	0,4
Forderungen aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,0	0,0	5.197,4	7,6	– 5.197,4
Sonstige Vermögensgegenstände	140,4	0,2	194,8	0,3	– 54,4
Liquide Mittel	188,2	0,2	118,1	0,2	70,1
Rechnungsabgrenzungsposten	70,2	0,1	60,7	0,1	9,5
	19.059,0	24,6	19.807,7	28,9	– 748,7
	77.237,6	100,0	68.632,0	100,0	8.605,6

Kapitalstruktur

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	– 3.987,4	– 5,2	– 5.127,4	– 7,4	1.140,0
Sonderposten	38.097,4	49,3	33.556,9	48,9	4.540,5
Saldo Ausgleichsposten	– 2.921,4	– 3,8	– 2.825,5	– 4,1	– 95,9
	31.188,6	40,3	25.604,0	37,4	5.584,6
Langfristige sonstige Passiva					
Rückstellungen	3.235,5	4,2	3.514,0	5,1	– 278,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.699,3	13,9	9.007,5	13,1	1.691,8
Sonstige Verbindlichkeiten	54,0	0,1	0,0	0,0	54,0
	13.988,8	18,2	12.521,5	18,2	1.467,3
	45.177,4	58,5	38.125,5	55,6	7.051,9
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	1.483,4	1,9	1.225,8	1,8	257,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.340,3	30,1	14.080,9	20,5	9.259,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.600,6	3,4	3.114,2	4,5	– 513,6
Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	1.983,7	2,6	1.823,4	2,7	160,3
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	126,2	0,2	3.253,2	4,7	– 3.127,0
Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	18,3	0,0	5.684,7	8,3	– 5.666,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.448,8	1,9	954,3	1,4	494,5
Sonstige Verbindlichkeiten	1.057,9	1,4	370,0	0,5	687,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
	32.060,2	41,5	30.506,5	44,4	1.553,7
	77.237,6	100,0	68.632,0	100,0	8.605,6

Bei der Aufteilung der Vermögens- und Kapitalstruktur bezüglich der Fälligkeiten bzw. Fristigkeiten wurden folgende Annahmen getroffen:

Rückstellungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind als langfristig behandelt.

Die Zusammensetzung des **Anlagevermögens** ergibt sich wie folgt:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	184,7	201,1
Sachanlagen	56.390,6	46.992,4
Finanzanlagen	1.177,8	1.191,6
	57.753,1	48.385,1

Die immateriellen Vermögensgegenstände verminderten sich um T€ 16,4. Den Zugängen von T€ 72,1 standen Abschreibungen von T€ 88,5 gegenüber.

Beim Sachanlagevermögen war folgende Entwicklung zu verzeichnen:

	T€	T€
Stand am 1.1.2011		46.992,4
+ Zugänge	13.418,9	
+ Umbuchungen von geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.454,9	18.873,8
		65.866,2
– Umbuchungen auf Sachanlagekonten	5.454,9	
– Abschreibungen	4.020,7	9.475,6
Stand am 31.12.2011		56.390,6

Von den Zugängen entfallen auf:

	T€
Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	11.322,8
Technische Anlagen und Maschinen	19,1
Einrichtungen und Ausstattungen	1.836,1
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	240,9
	13.418,9

Die Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken betreffen insbesondere mit T€ 9.018,1 den Neubau der Psychiatrie am Kreiskrankenhaus Groß-Umstadt.

Die Finanzanlagen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2011	Abgänge	Stand am 31.12.2011
	T€	T€	T€
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50,0	0,0	50,0
2. Sonstige Finanzanlagen	1.141,6	13,7	1.127,9
	1.191,6	13,7	1.177,9

Zu 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Ausgewiesen werden Anteile an folgenden Gesellschaften:

	Beteiligungs-quote	Beteiligungs-höhe
	%	T€
Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt	100,0	25,0
Kreiskliniken GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt	100,0	25,0
		50,0

Zu 2. Sonstige Finanzanlagen:

Hierunter wird ein dem Bauverein AG, Darmstadt, verzinslich zur Verfügung gestelltes Darlehen ausgewiesen. Es ist mit 1,0 % des Ursprungbetrags von T€ 1.375,4 zu tilgen.

Die Entwicklung der Abschreibungen auf das Anlagevermögen zeigt sich im Vorjahresvergleich folgendermaßen:

	2011	2010	Veränderung
	T€	T€	T€
Abschreibungen gesamt	4.109,1	3.346,0	763,1
davon nicht gefördert	(1.350,7)	(963,5)	(387,2)
davon gefördert oder bezuschusst	(2.758,4)	(2.382,5)	(375,9)

Im Übrigen sind die Zusammensetzung des Anlagevermögens sowie seine Entwicklung im Berichtsjahr aus dem Bruttoanlagenspiegel des Anhangs ersichtlich.

Die **Sonderposten** aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	Stand am 1.1.2011 T€	Zu-führungen T€	Um-buchungen T€	Auf-lösungen T€	Stand am 31.12.2011 T€
Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	26.118,9	849,4	687,2	2.287,8	25.367,7
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	7.197,2	0,0	5.666,3	329,1	12.534,4
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	240,8	0,0	0,0	45,4	195,4
	33.556,9	849,4	6.353,5	2.662,3	38.097,5

Die Zuführungen betreffen die im Berichtsjahr zugewiesenen und für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendeten Fördermittel.

Bei den Umbuchungen von den Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht handelt es sich um in den Vorjahren erhaltene Fördermittel, die im Berichtsjahr für förderungsfähige Maßnahmen zweckentsprechend verwendet wurden.

Die Auflösungen erfolgten in Höhe der anteiligen Abschreibungen 2011 auf die mit den Fördermitteln finanzierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Die Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG unterliegen einer bedingten Rückzahlungsverpflichtung. Für den Fall, dass das Krankenhaus aus dem Krankenhausplan ausscheidet, sind die unter den Sonderposten ausgewiesenen Fördermittel zurückzuerstatten. Die Rückzahlungsverpflichtung ist begrenzt auf den Liquidationswert der mit den Fördermitteln beschafften Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Die **Vorräte** betreffen unter anderem mit T€ 788,3 den medizinischen Bedarf und mit T€ 853,2 zum Bilanzstichtag noch nicht entlassene Patienten (Überlieger), deren anteilige Erlöse dem Jahr 2011 zuzurechnen sind.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** bestehen fast ausschließlich gegen öffentliche Kostenträger. Zum Prüfungszeitpunkt waren von den Forderungen noch T€ 1.752,0 offen. Im Berichtsjahr wurden Forderungen in Höhe von T€ 531,1 (Vorjahr: T€ 957,2) einzelwertberichtigt. Für das in den Forderungen enthaltene allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung von T€ 239,9 (Vorjahr: T€ 438,5) angesetzt.

Unter den **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** werden Ausgleichsbeträge nach dem Krankenhausentgeltgesetz ausgewiesen.

Unter den **Forderungen an den Krankenhausträger** werden die Forderungen aus dem Verlustausgleich gemäß Betrauungsakt in Höhe von T€ 3.504,8 ausgewiesen.

Unter den **sonstigen Vermögensgegenständen** werden ausgewiesen:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Umsatzsteuer	52,3	72,1
Forderungen gegen Ärzte	73,8	41,9
Wertberichtigung Forderung gegen Ärzte	– 73,8	0,0
Kassenärztliche Vereinigung Hessen	82,7	41,6
Chefarzt-Pool-Abgaben-Abrechnung	0,0	21,4
Kautionen	3,7	3,0
Übrige	1,7	14,8
	140,4	194,8

Die **liquiden Mittel** setzen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Kassenbestand	18,9	9,1
Kontokorrentguthaben	169,3	109,0
	188,2	118,1

Anhand der Kapitalflussrechnung, die als Anlage dem Prüfungsbericht beigefügt ist, sind die Ursachen für die Veränderung des Finanzmittelfonds erkennbar.

Der aktive **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen mit T€ 439,2 eine Aufteilung der Baulast für Parkplätze des Kreiskrankenhauses in Seeheim-Jugenheim.

Das **Eigenkapital** erhöhte sich auf Grund des Jahresüberschusses in Höhe von T€ 36,4 und der Umwandlung eines Anteils des Kassenverstärkungskredits zur Abdeckung des Jahresfehlbetrags des Jahres 2005 in Höhe von T€ 1.103,6 per Saldo um T€ 1.140,0.

Die **Rückstellungen** haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand am 1.1.2011 T€	Inanspruch-nahme T€	Auf-lösungen T€	Zufüh-rungen T€	Auf-zinsung T€	Stand am 31.12.2011 T€
Langfristige Rückstellungen						
Aufbewahrung von Geschäfts-unterlagen	29,5	0,0	0,0	0,0	0,0	29,5
Altersteilzeit	1.025,0	458,7	0,0	152,7	26,5	745,5
Pensionen	2.149,7	48,5	0,0	14,8	0,0	2.116,0
Beihilfe	309,8	0,0	0,0	34,7	0,0	344,5
	3.514,0	507,2	0,0	202,2	26,5	3.235,5
Kurzfristige Rückstellungen						
Urlaubsverpflichtungen	182,9	182,9	0,0	76,3	0,0	76,3
Mehrarbeitsstunden	557,7	557,7	0,0	589,2	0,0	589,2
Bereitschaftsdienst/ Zeitzuschläge	89,8	89,8	0,0	65,0	0,0	65,0
Erstellung Jahresabschluss	5,0	1,5	0,0	1,5	0,0	5,0
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	46,5	9,0	0,0	9,0	0,0	46,5
Ausstehende Rechnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
§ 18 TVÖD 2010	0,0	0,0	0,0	46,3	0,0	46,3
§ 18 TVÖD 2011	0,0	0,0	0,0	47,8	0,0	47,8
Steuerrückstellungen	43,9	43,9	0,0	7,3	0,0	7,3
Prozessrisiken	0,0	0,0	0,0	600,0	0,0	600,0
Abfindungen	300,0	0,0	300,0	0,0	0,0	0,0
	1.225,8	884,8	300,0	1.442,4	0,0	1.483,4
	4.739,8	1.392,0	300,0	1.644,6	26,5	4.718,9

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen Verträge im Blockmodell. Die Bewertung erfolgte nach handelsrechtlichen Grundsätzen.

Den Rückstellungen für den Personalbereich lagen entsprechende Berechnungen der Verwaltung zu Grunde.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** betreffen:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Kontokorrentverbindlichkeiten	22.485,4	13.399,7
Darlehen	11.510,6	9.638,0
Tilgungsleistungen	43,6	50,7
	34.039,6	23.088,4

Die Kontokorrent- und Darlehensverbindlichkeiten sind durch Saldenbestätigungen, Leistungsanforderungen und Tilgungspläne nachgewiesen.

Die Kontokorrentverbindlichkeiten bestehen mit T€ 12.485,4 gegenüber der Sparkasse Dieburg sowie mit T€ 10.000,0 gegenüber der ING-DiBa AG, Frankfurt am Main. Die mit der Sparkasse vereinbarte Kreditlinie von Kontokorrentkonten beträgt T€ 25.000,0.

Die Darlehen haben sich wie folgt entwickelt

Darlehensgeber	Stand am 1.1.2011	Zugänge	Tilgungen	Stand am 31.12.2011	Nachrichtlich: Zinsen und Verwaltungskosten
	T€	T€	T€	T€	T€
Sparkasse Dieburg					
Darlehen I	628,5	0,0	628,5	0,0	25,9
Darlehen II	643,0	0,0	64,3	578,7	18,6
Darlehen III	203,7	0,0	9,0	194,7	8,6
Darlehen IV	567,8	0,0	567,8	0,0	23,9
Darlehen V	157,3	0,0	6,9	150,4	6,8
Darlehen VI	0,0	1.172,9	23,9	1.149,0	0,0
	2.200,3	1.172,9	1.300,4	2.072,8	83,8
Sparkasse Darmstadt	0,0	2.550,0	0,0	2.550,0	6,9
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank					
Darlehen I	928,1	0,0	34,2	893,9	45,3
Darlehen II	312,4	0,0	11,5	300,9	15,3
Darlehen III	988,9	0,0	31,0	957,9	45,0
	2.229,4	0,0	76,7	2.152,7	105,6
Landesbank Hessen-Thüringen					
Darlehen I	459,1	0,0	65,7	393,4	18,2
Darlehen II	628,1	0,0	41,5	586,6	36,6
Darlehen III	618,0	0,0	77,3	540,7	24,7
Darlehen IV	2.580,0	0,0	86,0	2.494,0	82,4
	4.285,2	0,0	270,5	4.014,7	161,9
Commerzbank	923,1	0,0	202,7	720,4	0,0
	9.638,0	3.722,9	1.850,3	11.510,6	358,2

Auf Grund des Auslaufens der Zinsbindung zweier Darlehen wurden diese bei der Sparkasse abgelöst und durch ein neues Darlehen ersetzt.

Die Darlehen wurden planmäßig getilgt.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** wurden durch eine namentliche Saldenliste (Offene-Posten-Liste) nachgewiesen. Zum Prüfungszeitpunkt waren die Verbindlichkeiten im Wesentlichen ausgeglichen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger** entfallen auf einen Kassenverstärkungskredit des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Die **Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** betreffen noch nicht verwendete Fördermittel nach dem KHG.

Unter den **Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens** werden zugewiesene Mittel der Sozialstiftung des Landkreises Darmstadt-Dieburg für die Anschaffung von medizinischen Anlagen, Apparaten und Geräten ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** bestehen mit T€ 424,6 gegenüber der Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg und mit T€ 1.024,2 gegenüber der Kreiskliniken GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Lohn- und Kirchensteuern	156,3	155,3
Sicherheitseinbehalt	364,7	136,7
Zinsabgrenzung	56,8	43,6
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	105,6	15,1
Kautionen	8,8	8,4
Verwahrgelder	0,9	0,9
Verbindlichkeiten HKG	171,6	0,0
Verbindlichkeiten Telefonanlage	217,0	0,0
Übrige	30,2	10,0
	1.111,9	370,0

Der Anstieg der Sicherheitseinbehalte hängt mit dem Bau der Psychiatrie zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern beinhalten mit T€ 72,5 eine Umlage an die ZVK Darmstadt für Dezember 2011.

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr einen Mietkaufvertrag über eine Telefonanlage abgeschlossen. Die monatliche Miete beträgt T€ 4,5.

Finanzlage

Liquiditätsverhältnisse

Der Untersuchung der Liquiditätsverhältnisse liegt der Gedanke zu Grunde, dass das finanzielle Gleichgewicht dann erhalten bzw. durch kurzfristig wirksame Maßnahmen sichergestellt werden kann, wenn den nach Fälligkeitsfristen geordneten Verbindlichkeiten jeweils Vermögensgegenstände mit gleichen Liquidierbarkeitszeiten gegenüberstehen, die Zahlungsverpflichtungen also durch entsprechende flüssige oder flüssig zu machende Vermögensteile gedeckt sind.

Die Liquiditätslage stellt sich an den Bilanzstichtagen wie folgt dar:

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€
Liquide Mittel	188,2	118,1
Abzüglich		
Kurzfristiges Fremdkapital	32.060,2	30.506,5
Liquidität I	– 31.872,0	– 30.388,4
Zuzüglich		
Kurzfristige Forderungen	17.064,1	18.763,7
Liquidität II	– 14.807,9	– 11.624,7
Zuzüglich		
Vorräte	1.736,5	865,2
Liquidität III/Unterdeckung	13.071,4	10.759,5
Veränderung des Liquiditätssaldos	– 2.311,9	

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres eine Unterdeckung von T€ 13.071,4 aus. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt demnach nicht das kurzfristige Fremdkapital.

Wir verweisen auf unsere Erläuterungen zu Abschnitt B. II. dieses Berichts.

Die Liquiditätsgrade I bis III stellen sich im Zeitablauf wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Liquiditätsgrad I in %	0,6	0,4	1,6	2,6
Liquiditätsgrad II in %	53,8	61,9	56,9	54,0
Liquiditätsgrad III in %	59,2	64,7	59,1	56,6

Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung werden die Zahlungsströme des Geschäftsjahres getrennt nach den Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Kapitalflussrechnung wurde in Anlehnung an den Rechnungslegungsstandard DRS 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) aufgestellt.

Ausgangspunkt der Kapitalflussrechnung ist der Finanzmittelfonds, der sich am Bilanzstichtag des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahresstichtag wie folgt zusammensetzt:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung
		T€	T€
Liquide Mittel	188,2	118,1	70,1
Abzüglich Kontokorrentkredite	22.485,4	13.399,7	9.085,7
	– 22.297,2	– 13.281,6	– 9.015,6

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der Kapitalflussrechnung aufgezeigt, die wir diesem Bericht als Anlage beigefügt haben.

Die folgende Tabelle stellt einen Auszug aus der Kapitalflussrechnung dar.

	2011 T€	2010 T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	– 3.459,7	2.833,0
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	– 13.477,1	– 9.957,9
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	7.921,2	8.777,6
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	– 9.015,6	1.652,7
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	– 13.281,6	– 14.934,3
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	– 22.297,2	– 13.281,6

Mittelabflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus der Investitionstätigkeit in Höhe von per Saldo T€ 16.936,8 stehen im Berichtsjahr Mittelzuflüsse aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ 7.921,2 gegenüber, so dass sich insgesamt eine Erhöhung des negativen Finanzmittelbestands um T€ 9.015,6 ergab.

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

I. Prüfung der zweckentsprechenden, sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG

Wir haben gemäß § 16 HKHG im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG geprüft.

Unsere Prüfung hat keine Feststellungen ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG von Bedeutung sind.

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr T€ 849,4 pauschale Fördermittel (§ 26 HKHG) erhalten. Hiervon sind Mittel in Höhe von T€ 732,0 für Investitionen zweckentsprechend verwendet worden.

Im Übrigen ergibt sich die Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG wie folgt:

	T€	T€
Anfangsbestand der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermittel am 1. Januar 2011		804,7
Zuzüglich		
Fördermittel des Jahres 2011	849,4	
Zinserträge	8,8	858,2
Zur Verfügung stehende Mittel		1.662,9
Abzüglich		
Verwendung von Fördermitteln nach § 26 HKHG im Jahr 2011		1.536,7
Endstand der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermittel am 31. Dezember 2011		126,2

II. Feststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG -

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG sowie den Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, geführt worden sind.

Unsere Prüfung hat keine Einwendungen ergeben.

III. Prüfung der beihilferechtlichen Ausgleichsbilanz gem. Art. 4 Abs. 2 des Betrauungsaktes des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Gunsten des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß auch die beihilferechtliche Ausgleichsbilanz gem. Art. 4 Abs. 2 des Betrauungsaktes des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Gunsten des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg geprüft.

Dementsprechend haben wir geprüft, ob in der Ausgleichsbilanz alle erhaltenen Zahlungen im Sinne von Art. 5 Abs. 1 Unterabs. 2 Freistellungsentscheidung sowie alle Zuwendungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Freistellungsentscheidung enthalten sind. Weiterhin haben wir die sachgerechte Zuordnung der einzelnen Ertrags- und Aufwandsposten zu dem Bereich der Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß dem Muster der Anlage zum Betrauungsakt geprüft.

Unsere Prüfung hat keine Einwendungen ergeben.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 und den Lagebericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

"Unter der Bedingung, dass der Vorjahresabschluss in der Fassung festgestellt wird, die diesem Jahresabschluss zu Grunde gelegt worden ist, erteilen wir den nachstehenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Durch § 16 HKHG wurde der Prüfungsgegenstand festgelegt. Die Prüfung erstreckte sich daher insbesondere auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Rechnungswesens, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung sowie die Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie über den Prüfungsgegenstand gemäß § 16 HKHG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 16 HKHG sowie § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Festlegung des Prüfungsgegenstands nach § 16 HKHG ergeben, erfüllt wurden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der zweckentsprechenden, sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 26 HKHG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist im Abschnitt B. "Ertragslage" aufgeführt, dass die weitere Steigerung der Leistungen und Verbesserung der Einnahmen bei gleichzeitiger Optimierung der Kostenstruktur zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dringend erforderlich ist."

Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht, einschließlich der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Prüfungsstandard zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450). Auf § 328 HGB wird verwiesen.

Darmstadt, am 30. Juni 2012

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Darmstadt

Schlickum
Wirtschaftsprüfer

Stahl
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Jahresabschluss und Lagebericht

	Blatt
Bilanz zum 31. Dezember 2011	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	
Anhang 2011	1 - 14
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011	1 - 12
Rechtliche Verhältnisse	1
Kapitalflussrechnung	5
Definition der Kennzahlen	6
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG -	7
Beihilferechtliche Ausgleichsbilanz	23
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002	

Jahresabschluss und Lagebericht

Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt
Bilanz zum 31. Dezember 2011

A K T I V S E I T E

	31.12.2011		31.12.2010
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	184.707,93		201.064,68
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	45.732.647,54		31.484.533,69
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	22.951,88		26.352,16
3. Technische Anlagen	731.475,81		815.707,83
4. Einrichtungen und Ausstattungen	9.662.652,66		9.210.941,36
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	240.838,94		5.454.895,85
	56.390.566,83		46.992.430,89
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00		50.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	1.127.807,65		1.141.561,40
	1.177.807,65		1.191.561,40
		57.753.082,41	48.385.056,97
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	883.272,98		226.440,02
2. Unfertige Leistungen	853.203,58		613.755,59
3. Geleistete Anzahlungen	0,00		25.000,00
	1.736.476,56		865.195,61
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.662.425,26		9.657.570,11
2. Forderungen an den Krankenhausträger	3.504.851,48		3.509.978,79
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	752.861,32		200.800,02
davon nach der BPflV oder dem KHEntgG € 752.861,32			(200.800,02)
4. Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	3.593,62		3.211,62
5. Forderungen aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		5.197.449,17
6. Sonstige Vermögensgegenstände	140.419,71		194.774,71
	17.064.151,39		18.763.784,42
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	188.165,83		118.133,35
		18.988.793,78	19.747.113,38
C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		3.149.986,48	3.089.922,90
D. Rechnungsabgrenzungsposten		495.742,51	499.922,52
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
I. Verlustvortrag, soweit nicht durch Eigenkapital gedeckt (vgl. Position A. III. der Passivseite)	4.023.848,09		5.127.446,06
II. Jahresüberschuss	36.465,13		0,00
		3.987.382,96	5.127.446,06
		84.374.988,14	76.849.461,83

P A S S I V S E I T E

	31.12.2011		31.12.2010
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Festgesetztes Kapital	5.620.000,00		5.620.000,00
II. Verlustvortrag, soweit durch Eigenkapital gedeckt (vgl. Position E. I. der Aktivseite)	5.620.000,00		5.620.000,00
		0,00	0,00
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	25.367.631,02		26.119.007,74
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	12.534.420,76		7.197.132,80
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	195.388,97		240.816,24
		38.097.440,75	33.556.956,78
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.115.985,00		2.149.605,00
2. Steuerrückstellungen	7.279,73		43.886,31
3. Sonstige Rückstellungen	2.595.643,88		2.546.365,46
		4.718.908,61	4.739.856,77
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.039.573,93		23.088.442,41
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 23.340.310,61			(14.080.945,27)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.600.617,29		3.114.218,18
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.600.617,29			(3.114.218,18)
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	1.983.698,57		1.823.391,18
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.983.698,57			(1.823.391,18)
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhaus-finanzierungsrecht	126.160,41		3.253.185,93
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 126.160,41			(3.253.185,93)
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	18.266,80		5.684.656,27
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 18.266,80			(5.684.656,27)
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.448.788,97		954.321,18
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.448.788,97			(954.321,18)
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.111.950,42		370.025,34
davon aus Steuem € 156.224,56			(155.339,82)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.057.688,10			(370.025,34)
		41.329.056,39	38.288.240,49
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		228.590,39	264.407,79
F. Rechnungsabgrenzungsposten		992,00	0,00
		84.374.988,14	76.849.461,83

Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011		2010
	€	€	€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	43.859.919,10		37.285.598,03
2. Erlöse aus zusätzlichen Leistungsangeboten	366.542,85		259.084,37
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.020.796,57		950.160,42
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	875.566,63		759.124,79
5. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	239.447,99		21.630,61
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	50.171,52		39.483,73
7. Sonstige betriebliche Erträge	9.057.089,66		7.673.680,39
		55.469.534,32	46.988.762,34
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	9.943.895,77		10.941.461,75
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-versorgung und für Unterstützung	2.805.459,83		2.457.406,34
davon für Altersversorgung € 1.048.711,68			(820.636,35)
	12.749.355,60		13.398.868,09
9. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.576.271,35		7.524.101,98
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.343.591,47		18.362.558,52
	33.919.862,82		25.886.660,50
		46.669.218,42	39.285.528,59
Zwischenergebnis		8.800.315,90	7.703.233,75
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	851.170,91		3.681.841,11
davon Fördermittel nach dem KHG € 849.352,66			(931.841,11)
11. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	60.063,58		60.982,00
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.662.593,43		2.293.380,10
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	35.817,40		35.817,39
		3.609.645,32	6.072.020,60
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbind-lichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwen-dungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	859.960,24		3.636.187,26
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0,00		146.552,38
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.109.108,56		3.346.041,22
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.745.227,91		5.824.641,06
		11.714.296,71	12.953.421,92
Zwischenergebnis/Übertrag		695.664,51	821.832,43

Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011	2010
	€	€
Übertrag/Zwischenergebnis	695.664,51	821.832,43
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.266,05	59.691,54
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	707.158,77	526.107,26
davon aus Aufzinsung € 26.516,61		(40.503,70)
davon für Betriebsmittelkredite € 287.100,55		(166.078,15)
	– 648.892,72	– 466.415,72
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46.771,79	355.416,71
21. Außerordentliche Aufwendungen/ Außerordentliches Ergebnis	0,00	366.297,00
22. Steuern	10.306,66	– 10.880,29
23. Jahresüberschuss	36.465,13	0,00

Eigenbetrieb Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Jahresabschluss zum 31.12.2011
Anhang

Allgemeine Hinweise

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256 und der § 264 bis 288 HGB aufgestellt. Die Gliederung von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anlagennachweis erfolgt nach den Vorschriften der Krankenhaus - Buchführungsverordnung. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Die Wertansätze in der Bilanz zum 31. Dezember 2010 wurden unverändert übernommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt worden.

Die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 29. Mai 2009 wurden angewendet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten- bzw. Herstellungskosten bewertet, wobei Zinsen nicht in die Herstellungskosten einbezogen wurden. Die Herstellungskosten umfassen ausschließlich die Einzelkosten. Das abnutzbare Anlagevermögen wird linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer der Betriebsgebäude beträgt 50 Jahre, die anderen abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entspricht im Regelfall den steuerlichen Tabellen. Für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten über € 150,00 liegen und den Betrag von € 1.000,00 nicht überschreiten, wurde nach § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten eingerichtet, der linear über fünf Jahre aufgelöst wird.

Bei den Finanzanlagen werden die Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag aktiviert. Die Stichtagsinventur auf den 31.12.2011 erfolgte erstmalig auch in den Stationen, den Ambulanzen und den Fachabteilungen, insbesondere den neu hinzugekommenen Disziplinen. Der Inventurwert erhöht sich aufgrund dieser Aufnahmen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 579.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgt retrograd aus den auf das Geschäftsjahr entfallenden Erlösen. Es wird ein Gewinnabschlag von 5% vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen; das allgemeine Kreditrisiko ist durch pauschale Abschläge berücksichtigt.
Die Bewertungsansätze der Pauschal- und Einzelwertberichtigungen wurden aufgrund der Erfahrungswerte aus dem bestehenden Forderungsmanagement angepasst.
So sind Forderungen, die an ein Inkasso-Unternehmen zur weiteren Verfolgung weitergeleitet wurden gänzlich zu 100% einzelwertberichtigt.
Der Wertansatz der Pauschalwertberichtigung erfolgte nach folgender Aufteilung:
Forderungen älter 31.12.2007 zu 100%
Forderungen nach dem 01.01.2008 bis 31.12.2010 zu 20%
Forderungen nach dem 01.01.2011 bis 31.12.2011 zu 10%.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden entsprechend dem Werteverzehr des mit den Zuschüssen beschafften Anlagevermögens aufgelöst.

Bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet. Von dem Wahlrecht, gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 1 EGHGB auf die Passivierung von vor dem 1. Januar 1987 gewährte Zusagen (Altzusagen) zu verzichten, wurde nicht Gebrauch gemacht.

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2011 veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,14 %.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % und Rentensteigerungen von jährlich 1,0 % unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle bekannten Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel am Ende dieses Anhangs dargestellt.

Angaben zum Anteilsbesitz

	Beteiligung %	Eigenkapital T€	Ergebnis T€
Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt- Dieburg	100	398	83
Kreiskliniken GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg	100	94	10

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden im Wesentlichen für Urlaubsansprüche, Bereitschaftsdienste, Mehrarbeit, Altersteilzeit, Rechts- und Beratungskosten, Schadensersatz, sonstige Personalkosten, Archivierungskosten sowie Jahresabschlusskosten gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitenspiegel im Einzelnen dargestellt.

Verbindlichkeitenspiegel in T€

		Restlaufzeit			Gesamt	
		Bis 1 Jahr T€	1 - 5 Jahre T€	Über 5 Jahre T€	2011 T€	2010 T€
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	23.340 (14.081)	3.253 (2.517)	7.447 (6.490)	34.040	(23.088)
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferung & Leistung (Vorjahr)	2.601 (3.114)	0 (0)	0 (0)	2.601	(3.114)
3.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger (Vorjahr)	1.984 (1.752)	0 (0)	0 (0)	1.984	(1.752)
4.	Verbindlichkeiten. aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht (Vorjahr)	126 (3.253)	0 (0)	0 (0)	126	(3.253)
5.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Vorjahr)	18 (5.685)	0 (0)	0 (0)	18	(5.685)
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	1.449 (954)	0 (0)	0 (0)	1.449	(954)
7.	Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr) davon aus Steuern davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.058 (370) 156	54 (0)	0 (0)	1.112 156	(370)

Die Verbindlichkeiten sind nicht gesichert.

Unter den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** werden zwecks Konzernabschluss des Landkreises folgende Verbindlichkeiten ausgewiesen:

	2011 T€	2010 T€
Kreisklinken GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg	1.024	714
Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg	425	308
	1.449	1.022

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem Liefer- und Leistungsverkehr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erlöse aus Krankenhausleistungen (ohne Ausgleiche und Zuschläge)

	2011	2010
	T€	T€
DRG-Erlöse	36.038	30.702
Fallpauschalen und Pflegesätze Reha	3.894	3.864
Fallpauschalen Kurzzeitchirurgie	1.613	1.106
Fallpauschalen und Pflegesätze Psychiatrie	1.300	0
Vor- und nachstationäre Behandlung	410	363
Sonstige Entgelte	625	264
Gesamt	**43.880**	**36.299**

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge i. H. v. T€ 5.609 enthalten, darunter Ausgleichsbeträge für frühere Jahre i. H. v. T€ 4.477.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen i. H. v. T€ 225 enthalten, darunter Abschreibungen auf Forderungen i. H. v. T€ 47 sowie Nachbelastungen für Beratungstätigkeiten im Bereich Krankenhausinformationssystem i. H. v. T€ 53.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Bezüglich der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer des Eigenbetriebs "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" liegt eine mittelbare Pensionsverpflichtung nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vor. Die über eine Zusatzversorgungskasse abzuwickelnden Versorgungsleistungen der Arbeitnehmer des Eigenbetriebs führen zu einer Subsidiärhaftung des entsprechenden Arbeitgebers, die zu einer mittelbaren Pensionsverpflichtung des Eigenbetriebs führt. Eine Passivierungspflicht besteht für derartige Verpflichtungen nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht. Der Eigenbetrieb "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" hat von dem Passivierungswahlrecht Gebrauch gemacht.

Nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB besteht jedoch die Verpflichtung, den Betrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen im Anhang anzugeben. Da der verlässlichen Betragsangabe im Anhang des Eigenbetriebs "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" praktische Schwierigkeiten der Ermittlung seitens der Zusatzversorgungskassen entgegenstehen, hat der Eigenbetrieb entsprechend den Äußerungen des IDW quantitative Angaben über die Art und den Umfang der mittelbaren Verpflichtungen im Anhang wie folgt aufgenommen:

Der Eigenbetrieb "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" ist als Arbeitgeber Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse Darmstadt. Während der Zeit der Beschäftigung der Arbeitnehmer besteht für den Eigenbetrieb "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" eine Umlagepflicht, die einerseits aus der Versicherungsrentenverpflichtung und andererseits aus der Versorgungsrentenverpflichtung besteht, wobei die Ansprüche aus der Versorgungsrente höher sind als die aus der Versicherungsrente. Einzelheiten hierzu sind in der Satzung der Zusatzversorgungskasse geregelt. Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter im Geschäftsjahr 2011 beträgt etwa Mio. € 10,0 bei einem Umlagesatz von 5,7 % (AG-Anteil).

Weitere, am Bilanzstichtag bestehende und in der Bilanz oder im Anhang anzugebende bzw. aus der Bilanz oder dem Anhang nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung möglicher Zinsänderungsrisiken hat der Eigenbetrieb "Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg" Zinsderivatgeschäfte (Zinssatz-Swap) abgeschlossen, die in Laufzeit und Volumen exakt den Finanzierungen genau bestimmter, laufender Darlehen entsprechen. Da die Finanzierungen variabel gestaltet sind und sich mit steigenden Zinsen verteuern, sichern die Zinsderivatgeschäfte steigende Zinsen im Verhältnis 1:1 ab, d. h. ab einem definierten Anstieg des EURIBOR sind die steigenden Zinskosten abgesichert. Die Zinsderivate reduzieren sich im Volumen äquivalent zur Rückzahlung der Darlehen. Die Zinsswaps und die Darlehen als Grundgeschäfte bilden jeweils Bewertungseinheiten.

Zum Bilanzstichtag bestanden die in der folgenden Tabelle aufgeführten Zinsderivatgeschäfte:

	Nominal-Volumen T€	Fälligkeit	Marktwert zum 31.12.2011 T€
Helaba Landesbank Hessen-Thüringen			
Swap I	771	30.09.2012	-50
Swap II	1.173	30.12.2021	-125
Swap III	579	02.07.2012	-2
Swap IV	894	31.05.2012	-1
Swap V	587	30.11.2012	32
Swap VI	587	17.01.2012	-83
Gesamt			-229

Organe des Krankenhauses

- Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Betriebskommission
- Betriebsleitung

Im Jahr 2011 setzte sich die Betriebskommission wie folgt zusammen:

Bis zum 16. Mai 2011:

• Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
• Herr Dietmar Schöbel	(stv.) Voigt, Karin
• Herr Heinz Huthmann	(stv.) Dr. Achilles, Albrecht
• Herr Reinhard Rupprecht	(stv.) Neipp, Karin
• Herr Joachim Ruppert	(stv.) Hartmann, Karin
• Herr Dr. Mathias Göbel	(stv.) Spalt, Karin
• Herr Georg Theiß	(stv.) Korte, Anita
• Herr Erhardt Zachertz	(stv.) Vollrath, Horst
• Frau Marianne Streicher-Eickhoff	(stv.) Bülter, Uwe
• Frau Silke Tomini	(stv.) Schumacher, Ingrid
• Frau Claire Schambach	(stv.) Braun, Marion
• Herr Dr. Jörn Voigt	(stv.) Dr. Rollmann, Johannes
• Frau Angelika Dahms	(stv.) Gantzert, Ludwig
• Herr Jochen Myrzik	(stv.) Roos, Barbara

Ab dem 16. Mai 2011:

• Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
• Herr Peter Christ	(stv.) Rupprecht, Reinhard
• Frau Angelika Dahms	(stv.) Gantzert, Ludwig
• Herr Thorsten Fricke	(stv.) Keil, Marita
• Frau Brigitte Harth	(stv.) Roos, Barbara
• Herr Dietmar Schöbel	(stv.) Ruppert, Joachim
• Herr Dr. Mathias Göbel	(stv.) Spalt, Karin
• Frau Christiane Krämer (ab 20.06.2011)	(stv.) Hoffmann-Maier, Susanne (ab 20.06.2011)
• Herr Dr. Jörn Voigt	(stv.) Dr. Rollmann, Johannes
• Herr Peter Kaufmann	(stv.) Dr. Coutureau, Gerhard

Zusätzlich ab dem 24. Mai 2011:

• Frau Karin Voigt	(stv.) Hofmann, Doris
• Frau Marianne Streicher-Eickhoff	(stv.) Lettau, Christa
• Herr Georg Theiß	(stv.) Tips, Jessika

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung setzt sich aus dem Betriebsleiter/der Betriebsleiterin und dessen/deren Stellvertreter/Stellvertreterin und der Krankenhausleitung zusammen.

Im Jahr 2011 waren dies:

- Herr Christian Keller — Betriebsleiter
-
- Herr Christoph Dahmen (Verwaltungsleiter) — stellv. Betriebsleiter

Krankenhausleitung

Die Krankenhausleitung setzt sich wie folgt zusammen:

- Herr Dr. Hain — Krankenhausleitung
  (Ärztlicher Direktor Kreisklinik Groß-Umstadt)
- Herr Dr. Hoffart — Krankenhausleitung
  (Ärztlicher Direktor Kreisklinik Jugenheim)
- Herr Peter Kaufmann — Krankenhausleitung
  (Pflegedienstleiter bis 31. März 2011)
- Herr Robert Schweihofer — Krankenhausleitung
  (Pflegedienstleiter, ab 01. April 2011)
- Herr Christoph Dahmen (Verwaltungsleiter) — Krankenhausleitung

Die Krankenhausleitung berät und unterstützt die Betriebsleitung.

Gesamtbezüge der Betriebskommission und der Betriebsleitung

An die Betriebskommission wurden Bezüge (Sitzungsgelder) in Höhe von € 5.147,50 geleistet. Die Bezüge der Betriebsleitung belaufen sich in 2011 auf € 266.817,51.

Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres 2011 beschäftigten Mitarbeiter betrug:

Beamte	2,0
Angestellte	284,0
	286,0

Abschlussprüferhonorar

Der Abschlussprüfer berechnet für die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Gesellschaft ein Honorar von 18.000,00 €.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Eigenbetrieb bestehen folgende Leasingverträge:

Mietobjekt	Vertragspartner	Art	Laufzeit	Belastung p.a.
Telefonanlage Groß-Umstadt	Siemens	Mietkauf	Dez 2009 – Nov 2014	14.569,04 EUR
Telefonanlage Jugenheim	DeTeWe	Mietvertrag	Nov 2009 – Dez 2016	65.461,36 EUR
Drucker, Kopierer, Fax	TA Leasing	Miet-Leasing	Feb 2007 – Jan 2013	58.922,89 EUR

Das Miet- und Leasinggeschäfte dienen der Verbesserung der Liquiditätssituation und der Verbesserung der Eigenkapitalquote. Dies sind auch wesentliche Vorteile des Geschäfts. Weitere Vorteile bestehen in der kurzen Vertragsbindung, da die Maschinen bei eintretendem technischem Fortschritt ausgetauscht werden können. Risiken bestehen in der unkündbaren Grundmietzeit sowie in den höheren Refinanzierungskosten.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Es wurden keine Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen vorgenommen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.

Groß-Umstadt, den 30.06.2012

_____
(Betriebsleiter

Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt
Anhang 2011

KH Groß-Umstadt

	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert
Bilanzposten	Anfangs-stand	Zugänge	Um-buchungen	Abgänge	Endstand	Anfangs-stand	Abschrei-bungen des Geschäfts-jahres	Zuschrei-bungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2011)
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	664.667,49	71.388,58	0,00	0,00	736.056,07	515.782,42	65.564,20	0,00	0,00	581.346,62	154.709,45
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	36.413.824,41	11.322.788,22	5.454.895,85	0,00	53.191.508,48	20.872.631,46	2.093.938,98	0,00	0,00	22.966.570,44	30.224.938,04
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	170.914,57	0,00	0,00	0,00	170.914,57	144.562,41	3.400,28	0,00	0,00	147.962,69	22.951,88
3. Technische Anlagen	652.849,51	0,00	0,00	0,00	652.849,51	482.113,30	22.746,27	0,00	0,00	504.859,57	147.989,94
4. Einrichtungen und Ausstattungen	19.106.136,88	1.761.079,03	0,00	0,00	20.867.215,91	10.386.925,24	1.247.014,39	0,00	0,00	11.633.939,63	9.233.276,28
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.454.895,85	240.838,94	– 5.454.895,85	0,00	240.838,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.838,94
	61.798.621,22	13.324.706,19	0,00	0,00	75.123.327,41	31.886.232,41	3.367.099,92	0,00	0,00	35.253.332,33	39.869.995,08
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	1.141.561,40	0,00	0,00	13.753,75	1.127.807,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.127.807,65
	1.191.561,40	0,00	0,00	13.753,75	1.177.807,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.177.807,65
	63.654.850,11	13.396.094,77	0,00	13.753,75	77.037.191,13	32.402.014,83	3.432.664,12	0,00	0,00	35.834.678,95	41.202.512,18

KH Seeheim Jugenheim

	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert
Bilanzposten	Anfangs-stand	Zugänge	Um-buchungen	Abgänge	Endstand	Anfangs-stand	Abschrei-bungen des Geschäfts-jahres	Zuschrei-bungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2011)
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	186.877,31	699,72	0,00	0,00	187.577,03	134.697,70	22.880,85	0,00	0,00	157.578,55	29.998,48
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	22.708.022,08	0,00	0,00	0,00	22.708.022,08	6.764.681,34	435.631,24	0,00	0,00	7.200.312,58	15.507.709,50
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Technische Anlagen	2.324.318,02	19.125,14	0,00	0,00	2.343.443,16	1.679.346,40	80.610,89	0,00	0,00	1.759.957,29	583.485,87
4. Einrichtungen und Ausstattungen	4.228.171,98	74.968,12	0,00	0,00	4.303.140,10	3.736.442,26	137.321,46	0,00	0,00	3.873.763,72	429.376,38
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	29.260.512,08	94.093,26	0,00	0,00	29.354.605,34	12.180.470,00	653.563,59	0,00	0,00	12.834.033,59	16.520.571,75
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige Finanzanlagen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	29.447.389,39	94.792,98	0,00	0,00	29.542.182,37	12.315.167,70	676.444,44	0,00	0,00	12.991.612,14	16.550.570,23

Eigenbetrieb

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert
	Anfangs-stand	Zugänge	Um-buchungen	Abgänge	Endstand	Anfangs-stand	Abschrei-bungen des Geschäfts-jahres	Zuschrei-bungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand am 31.12.2011)
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	851.544,80	72.088,30	0,00	0,00	923.633,10	650.480,12	88.445,05	0,00	0,00	738.925,17	184.707,93
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	59.121.846,49	11.322.788,22	5.454.895,85	0,00	75.899.530,56	27.637.312,80	2.529.570,22	0,00	0,00	30.166.883,02	45.732.647,54
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	170.914,57	0,00	0,00	0,00	170.914,57	144.562,41	3.400,28	0,00	0,00	147.962,69	22.951,88
3. Technische Anlagen	2.977.167,53	19.125,14	0,00	0,00	2.996.292,67	2.161.459,70	103.357,16	0,00	0,00	2.264.816,86	731.475,81
4. Einrichtungen und Ausstattungen	23.334.308,86	1.836.047,15	0,00	0,00	25.170.356,01	14.123.367,50	1.384.335,85	0,00	0,00	15.507.703,35	9.662.652,66
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.454.895,85	240.838,94	– 5.454.895,85	0,00	240.838,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.838,94
	91.059.133,30	13.418.799,45	0,00	0,00	104.477.932,75	44.066.702,41	4.020.663,51	0,00	0,00	48.087.365,92	56.390.566,83
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	1.141.561,40	0,00	0,00	13.753,75	1.127.807,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.127.807,65
	1.191.561,40	0,00	0,00	13.753,75	1.177.807,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.177.807,65
	93.102.239,50	13.490.887,75	0,00	13.753,75	106.579.373,50	44.717.182,53	4.109.108,56	0,00	0,00	48.826.291,09	57.753.082,41

Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufs und die Lage der Gesellschaft

1. Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

A Darstellung der Geschäftstätigkeit

Der Eigenbetrieb betreibt die Kreiskliniken an den Standorten Groß-Umstadt und Jugenheim. Am Standort Groß-Umstadt handelt es sich um ein Haus der Regelversorgung mit 353 somatischen Planbetten (davon 6 tagesklinischen Plätzen). Die Einzelnen Fachbereiche sind:

Klinik für Innere Medizin,
Klinik für Innere Medizin II (Kardiologie und Angiologie),
Klinik für Geriatrie,
Klinik für Allgemeinchirurgie,
Klinik für Unfallchirurgie, Orthopädie, Hand-, Fuß- und Wiederherstellungschirurgie,
Klinik für Plastische- und Ästhetische Chirurgie/Gesichtschirurgie,
Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe,
Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin,
Klinik für Radiologie,
sowie einer Belegabteilung HNO.

Im Geschäftsjahr 2011 hinzugekommen ist für den ausgebauten Bereich Intensivmedizin eine Weaning-Einheit (Entwöhnung von Intensivpatienten vom Beatmungsgerät), sowie die Ergänzung der unfallchirurgischen Abteilung am Standort Groß-Umstadt um eine orthopädische Sektion. Am 18.08.2011 wurde das Zentrum für Seelische Gesundheit (Psychiatrie) mit insgesamt 66 Planbetten und 20 Tagesklinischen Plätzen eröffnet.

Die Kreisklinik am Standort Jugenheim ist ein Haus der Grundversorgung mit insgesamt 43 Planbetten für die Fachabteilung Unfallchirurgie und Orthopädie.
Zusätzlich betreiben die Kreiskliniken an diesem Standort eine Neurologische Rehabilitationsklinik mit 84 Betten, für die ein Versorgungsvertrag nach § 111 SGB V besteht.

B gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die finanzielle Situation der Krankenhäuser in Deutschland ist weiterhin schwierig. Die Budgets sind durch Deckelungen geprägt und wachsen seit Jahren mit so geringen Raten, dass diese noch nicht einmal ausreichen, um die von den Tarifparteien vereinbarten Lohnsteigerungen abzudecken. Diese Unterfinanzierung verursacht in den Krankenhäusern nach wie vor große finanzielle Schwierigkeiten.

Im Jahr 2011 wurde ein hessischer Basisfallwert in Höhe von 2.959,65 € vereinbart, der lediglich um 7,59 € über dem 2010er Wert (2.952,06 €) lag. Damit ergab sich für das Berichtsjahr 2011 keine Entspannung der wirtschaftlichen Situation.

Auch für die kommenden Jahre ist weiterhin mit zunehmendem ökonomischem Druck zu rechnen. Die Höhe des hessischen Basisfallwertes 2012 beträgt 2.989,37 €; dies entspricht einer Steigerungsrate von 1,01 %. Die inflationsbedingten Kostensteigerungen in den Krankenhäusern, sowie die Tariferhöhungen liegen aber deutlich über diesem Wert.
Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der politisch gewollten Beitragsstabilität in der GKV ist auch zukünftig mit einem Sparkurs im Gesundheitswesen von Seiten der Politik zu rechnen.

Hieraus resultierend ist die Branchenentwicklung durch eine weitere Zunahme des Wettbewerbs um Patienten und Zuweisungen geprägt, und gleichsam sind weitere Konzentrationsprozesse und Strukturveränderungen zu erwarten. Krankenhäuser, die in diesem Umfeld bestehen wollen, müssen daher – trotz schwieriger Finanzierung – v.a. ihre Qualität und ihr Leistungsspektrum kontinuierlich weiterentwickeln und verbessern.

C Angaben zur Unternehmensentwicklung

Das Ziel der kontinuierlichen medizinischen wie ökonomischen Weiterentwicklung wurde im Geschäftsjahr 2011 mit der Eröffnung des Zentrums für Seelische Gesundheit und den beiden oben genannten Erweiterungen verfolgt.

Im Jahr 2012 beginnt die Erweiterung und Modernisierung der geriatrischen Abteilung in Verbindung mit einem Ausbau der Bettenkapazitäten an der Kreisklinik Groß-Umstadt, die allerdings erst Mitte 2013 abgeschlossen sein und in Betrieb gehen wird.

Zusätzlich wird im Jahr 2012 am Standort Jugenheim die Abteilung neurologische Rehabilitation mit insgesamt 84 Betten aufgegeben und der Akutbereich mit einer einhergehenden vertieften Spezialisierung im Bereich konservative Orthopädie ausgebaut werden. Außerdem wird die Weaning-Einheit vom Standort Groß-Umstadt nach Jugenheim verlagert und kapazitätsmäßig von vier auf 27 Betten bis Mitte 2013 erweitert. Die Auslastung der Intensivstation in Groß-Umstadt bleibt weiterhin gewährleistet.
Die Umstrukturierungen in Jugenheim werden erst zur zweiten Jahreshälfte 2013 vollständig abgeschlossen sein.

Die Entgeltverhandlungen für das Gesamtbudget des Eigenbetriebs der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg (gemeinsame Verhandlung für beide Standorte) werden voraussichtlich zum 01.08.2012 genehmigt und somit zum Abschluss gebracht.

Gegenüber 2010 ergab sich eine Budgetsteigerung für beide Häuser, deren Budgets erstmalig zusammen verhandelt wurden, von rd. 5.336 T€. Für die Verbesserung von Arbeitszeitbedingungen und die Finanzierung zur Aufstockung der Pflege konnten die gesetzlich möglichen Beträge verhandelt werden.

Im Bereich der Neurologischen Rehabilitation gab es 2011 keine Budget- bzw. Pflegesatzveränderung zum Vorjahr.

Die Budgets bzw. Kennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg	2011	2010	Veränderung
Budget	35.683.653	30.979.038	15,2 %
Vereinbarte Fallzahl	11.082	9.952	11,4 %
Vereinbarter CMI	1,0809	0,9670	11,8 %
Basisfallwert	2.959,65	2.952,06	0,3 %

Leistungszahlen

Die Leistungszahlen entwickelten sich in 2011 erfreulich. Nachdem in 2010 schon ein Wachstum in den Fallzahlen erfolgte, konnten in 2011 für Groß-Umstadt nochmals 14,8 % mehr Patienten im somatischen Bereich ohne Psychiatrie gewonnen und behandelt werden.

Groß-Umstadt	2011	2010	Veränderung
Stationäre Fälle / DRGs			
Fälle	10.416	9.073	14,8%
CMI	1,036	0,964	8,3%
Verweildauer	7,0	7,3	- 4,1%
Auslastung Planbetten	76%	74%	2,7%

In der Kreisklinik Jugenheim blieben die Leistungszahlen der Chirurgie auf hohem Niveau stabil.

Jugenheim	2011	2010	Veränderung
Stationäre Fälle / DRGs			
Fälle	832	898	- 7,4%
CMI	1,880	1,855	1,6%
Verweildauer	9,8	10,1	- 3,0%
Auslastung Planbetten	58%	64%	- 9,4%

Die Entwicklung der Kurzzeitchirurgie ist ansteigend. Hier konnten im Geschäftsjahr 2011 175 Fälle abgerechnet werden. Im Vorjahr waren es 138 Fälle.

Auch der Geschäftsbereich neurologische Rehabilitation wird schwieriger. Auszahlungswerte und Fallzahlen weisen im Vergleich zum Vorjahr sinkende Kennzahlen auf.

Jugenheim	2011	2010	Veränderung
Rehabilitationsbereich			
Berechnungstage	24.449	24.503	- 0,2%
Fallzahl	757	872	- 13,2%
Verweildauer	24,8	28,1	- 11,8%
Nutzungsgrad	84%	84%	0,0%

2. Darstellung der Vermögenslage

Das Anlagevermögen wies zum Bilanzstichtag die nachfolgenden Werte auf.
Der Zuwachs im Bereich der Sachanlagen liegt in den Kosten für den Neubau der Psychiatrie begründet, der im Geschäftsjahr in Betrieb genommen wurde.

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		185	201	- 16
Sachanlagen		56.391	46.992	9.399
Finanzanlagen		1.178	1.192	- 14

Die Anlagegüter werden linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer richtet sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer richtet sich nach den steuerlichen Vorschriften.

3. Darstellung der Finanzlage

A Eigenkapital

Mit Bilanz zum 31. Dezember 2011 weist der Eigenbetrieb Kreiskliniken einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von T€ 3.987 auf.

B Liquidität

Die Liquiditätssituation der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg ist auch weiterhin gekennzeichnet durch schwierige Rahmenbedingungen.
Die durch Jahresfehlbeträge der letzten Jahre begründeten Schuldenlasten waren zwar im Berichtsjahr aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weniger belastend, werden aber bei ansteigenden Zinsen die finanziellen Spielräume wieder einengen.

Zum Bilanzstichtag stellte sich die Liquidität wie folgt dar:

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	
Kassenkredit		-22.485	-13.400	-67,8%
Forderungen		17.067	18.764	-9,1%

C Kredite

Die langfristigen Kredite wiesen zum Bilanzstichtag folgende Werte auf:

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	
Darlehen		11.510	9.638	19,4%

Neu im Berichtsjahr aufgenommen wurde ein Kredit in Höhe von insgesamt T€ 2.550.
Dies betrifft die vorgenommenen Baumaßnahmen Herrichtung AOP-Bereich (T€ 350), Herrichtung Links-Herz-Katheter (T€ 1.350), Sanierung und Erweiterung Radiologie (T€ 500), sowie der Neugründung Plastische Chirurgie (t€ 350).

4. Darstellung der Ertragslage

A Erträge

Die Erträge aus DRG-Erlösen und Zuschlägen haben sich im Berichtsjahr um 15,6 % erhöht. Dies liegt in dem hohen Fallzahlwachstum am Standort Groß-Umstadt begründet.
Die Erträge im Bereich der neurologischen Reha bleiben unterhalb des Vorjahresniveaus.

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	
Erlöse aus Krankenhausleistungen				
	Insb. DRG-Erlöse sowie Zuschläge	37.696	32.608	15,6%
	Insb. Neurologische Reha	4.453	4.475	-0,5%
	Insb. vor- und nachstationäre Behandlung	410	363	12,7%
Erlöse aus Wahlleistungen		367	259	41,7%
Erlöse aus ambulanten Leistungen		1.021	950	7,5%
Nutzungsentgelte der Ärzte		876	759	15,4%

Die Steigerungen in den Vor- und Nachstationären Behandlungen, den Wahl- und ambulanten Leistungen (insb. Ambulante Operationen), sowie der Erträge aus Nutzungsentgelten resultieren ebenfalls aus dem o.g. Wachstum, sowie auch aus gezielter Stärkung dieser Leistungsbereiche (z.B. Einrichtung Komfortstation, neue Verträge mit Chefärzten, etc.).

B Personalkosten

Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
	T€	T€	
Ärztlicher Dienst	2.705	3.496	-6,0%
Pflegedienst	4.822	4.788	0,7%
Medizinisch-technischer Dienst	1.460	1.523	-4,1%
Funktionsdienst	1.469	1.368	7,4%
Klinisches Hauspersonal	28	57	-50,9%
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	716	759	-5,7%
Technischer Dienst	181	207	-12,6%
Verwaltungsdienst	1.248	1.066	17,0%
Sonderdienst und sonst. Personal	78	92	-15,2%
Nicht zurechenbare Personalkosten	43	44	-2,3%
Gesamt	12.750	13.399	-4,9%

Die Personalkosten nehmen im Berichtsjahr fluktuationsbedingt weiter ab. Ausscheidende Mitarbeiter werden, bis auf die Betriebsleitung, nicht mehr im Eigenbetrieb ersetzt, sondern in den Servicegesellschaften (Dienstleistungs GmbH und Kreiskliniken GmbH).

Steigerungen können entstehen durch die stichtagsbezogene Anpassung von Rückstellungen für Mehrarbeit, Altersteilzeit, Urlaub, etc. sowie der tariflichen Lohnsteigerungen im Geschäftsjahr.

C Sachkosten

Im Sachkostenbereich stieg der Aufwand für medizinischen Bedarf im Geschäftsjahr 2011 aufgrund der Fallzahlsteigerungen und der Erweiterung des medizinischen Spektrums.

Im Energiebereich ist ebenfalls eine Kostensteigerung im Jahr 2011 festzustellen, die in steigenden Energiepreisen sowie in einem höheren Verbrauch durch Baumaßnahmen begründet liegt.

Im Bereich Zinsaufwand schlagen sich die nicht ausreichende Liquidität sowie die Neuaufnahme von Darlehen nieder. Es besteht weiterhin ein niedriges Zinsniveau, mit dem auch für das Jahr 2012 mit günstigen Zinsen gerechnet werden kann.

Die Werte der wichtigsten Kostenpositionen stellen sich im Einzelnen wir folgt dar:

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	
Materialaufwand				
	Medizinischer Bedarf	6.949	6.004	15,7%
	Wasser, Energie Brennstoffe	1.386	1.315	5,4%
Materialaufwand / bezogene Leistungen				
	Bez. Leistungen Medizinischer Bedarf	19.566	12.761	53,2%
	Bez. Leistungen Speiseversorgung	1.486	1.397	6,4%
	Konsiliaruntersuchungen	392	902	-56,6%
	Bez. Leistungen - Gebäudereinigung	1.209	1.118	8,1%
	Wäschereinigung	852	782	9,0%
	Untersuchungen in fremden Instituten	807	636	26,9%
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
	Instandhaltungen	1.805	1.594	13,2%
	Verwaltungsbedarf	2.474	1.830	35,2%
Zinsaufwand				
	Für Betriebsmittelkredite und Darlehn	681	505	34,9%

D Jahresergebnis

Das Jahresergebnis hat sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
		T€	T€	
Jahresüberschuss		36	0	36

Das im Vergleich zum Vorjahr bessere Betriebsergebnis entstand durch die erfolgreichen Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern und der Endgültigstellung von Vorjahresbudgets nach denen Ausgleichsbeträge i. H. v. T€ 4.477 ertragswirksam eingestellt werden konnten.

5. Ergänzende Darstellungen

A Entwicklung Vollkräfte und Personalkosten

Das im Eigenbetrieb Kreiskliniken beschäftigte Personal nahm im Berichtsjahr fluktuationsbedingt weiter ab. Ausscheidende Mitarbeiter werden nicht mehr im Eigenbetrieb ersetzt, sondern in den Servicegesellschaften (Dienstleistungs GmbH und Kreiskliniken GmbH).

Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
	VK	VK	
Ärztlicher Dienst	21,1	21,1	0,0%
Pflegedienst	89,3	88,7	0,6%
Medizinisch-technischer Dienst	27,8	28,4	- 2,1%
Funktionsdienst	25,7	25,3	1,6%
Klinisches Hauspersonal	0,7	1,4	- 50,0%
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	16,4	18,0	8,9%
Technischer Dienst	3,0	2,9	3,5%
Verwaltungsdienst	14,6	13,6	7,4%
Sonderdienst und sonst. Personal	1,0	4,1	- 75,6%
Gesamt	199,6	203,5	- 1,9%

Bei Betrachtung des gesamten Verbundes – d.h. unter Berücksichtigung auch der Mitarbeiter der Kreisklinik GmbH und der Dienstleistungs GmbH – wurde die Personalausstattung im laufenden Geschäftsjahr um 86,5 Vollkräfte erhöht. Dies wurde im Zuge der Steigerung der Leistungszahlen, der Erweiterung des Behandlungsspektrums, insbesondere der Inbetriebnahme des Zentrums für seelische Gesundheit erforderlich.

Die durchschnittlichen Personalkosten haben sich im Eigenbetrieb Kreiskliniken in 2011 wie nachfolgend dargestellt entwickelt. Die Veränderungen in den einzelnen Berufsgruppen resultieren im Wesentlichen aus fluktuationsbedingten Änderungen. Da im Eigenbetrieb keine Neueinstellungen mehr vorgenommen werden, ergeben sich mit dem Ausscheiden von Mitarbeitern je nach tariflicher Gruppen- und Stufenzugehörigkeit dieser Mitarbeiter €/VK-senkende oder -steigernde Effekte.
Der außerordentliche Anstieg im Bereich Sonderdienst und sonstiges Personal liegt im Wegfall der Zivildienstleistenden begründet, die im Vorjahr in dieser Sparte mit einem verhältnismäßig niedrigen Gehaltsniveau geführt wurden.

Eigenbetrieb gesamt	**2011**	**2010**	**Veränderung**
	T€/VK	T€/VK	
Ärztlicher Dienst	128,2	165,7	- 22,6%
Pflegedienst	54,0	54,0	0,0%
Medizinisch-technischer Dienst	52,5	53,6	- 2,1%
Funktionsdienst	57,1	54,1	5,6%
Klinisches Hauspersonal	28,0	40,5	- 30,9%
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	43,6	42,1	3,6%
Technischer Dienst	60,3	71,2	- 15,3%
Verwaltungsdienst	85,5	78,4	9,1%
Sonderdienst und sonst. Personal	78,2	22,5	177,3%

B Darstellung der Unternehmenssteuerung

Die Unternehmenssteuerung erfolgt über die monatliche Auswertung der Leistungszahlen und medizinischen Kennzahlen, einer monatlichen Ergebnishochrechnung, sowie über die vierteljährlichen Quartalsberichte im Vergleich zum aufgestellten Wirtschaftsplan.

Das Personal wird über den kalkulierten Personalbedarf einerseits, sowie die finanzierten Stellen aus dem gegebenen Stellenplan andererseits gesteuert. Mit einem Großteil der Chefärzte sind Zielvereinbarungen zu den Leistungs- und Erlösdaten ihrer Abteilungen getroffen.

Die kontinuierliche Entwicklung des Berichts- und Steuerungssystems wurde im Geschäftsjahr weiter verbessert.

C Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Derartige Vorgänge sind im Folgejahr nicht eingetreten.

6. Prognosebericht

A Risiken

Für die weitere Entwicklung der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg spielen insbesondere folgende Risiken eine Rolle:

- Die Fortsetzung der Politik mit einem strikten Sparkurs in der gesetzlichen Krankenversicherung mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser bzw. auf die Krankenhausbudgets

- Mögliche höhere Steigerungsraten für Tariflöhne und Sachmittel-Preise in den kommenden Jahren, v.a. wenn die Maßnahmen zur Euro-Schuldenkrise greifen und die nationale und internationale Konjunktur wieder Fahrt aufnimmt

- Die Intensivierung des Wettbewerbs in der Branche um Fälle

- Der sich verschärfende Wettbewerb um Fachkräfte (insb. Ärzte), der zur Ausbremsung der weiteren Entwicklung des Krankenhauses und auch zu Kostensteigerungen führen könnte, wenn es nicht mehr gelingen sollte, ausreichend eigenes Personal zu gewinnen und zu halten

- Eine wachsende Zinsbelastung aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation in Europa.

Als bestandsgefährdend ist keines dieser Risiken anzusehen. Auch sonstige bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht.

B Hinweise auf die künftige Entwicklung

In den Ausbau und die Weiterentwicklung des medizinischen Leistungsangebotes, des Services und der Infrastruktur wird weiterhin investiert.

Die erfolgten Neubesetzungen von Chefarztpositionen stellen wesentliche Chancen zur Entwicklung und Abrundung des Leistungsangebotes und zur Stärkung des Images der Kreiskliniken dar.

Insbesondere auch die neuen Leistungsangebote wie z.B. das Zentrum für seelische Gesundheit (Psychiatrie), der Ausbau der Intensivstation mit einem Bereich Weaning und die Erweiterung der Unfallchirurgie am Standort Groß-Umstadt durch eine Sektion Orthopädie werden zu einer deutlichen Stärkung der Kreiskliniken führen.

Auch mit der im Wirtschaftsjahr begonnenen Umsetzung der baulichen Modernisierung und Erweiterung der Geriatrischen Abteilung durch einen zusätzlichen Erweiterungsbau, mit gleichzeitiger Erweiterung der Bettenkapazität aller Abteilungen wird ab dem Jahr 2013 sowohl das Angebot verbessert, als auch dem zur Zeit hohen Patientenaufkommen Rechnung getragen.

Der Bau eines Ärztehauses wird mittels eines Investors auf dem Gelände des Krankenhauses ab spätestens 2013 verfolgt.

Die mittelfristige Ablösung des derzeitigen Krankenhausbaus in Groß-Umstadt durch einen Ersatz-Neubau wird – sofern eine adäquate Finanzierung gewährleistet werden kann – ebenfalls angestrebt. Damit könnten die strategische Entwicklung, Marktattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Kostenstruktur erheblich verbessert werden.

Groß-Umstadt, den 30.06.2012

_____

(Betriebsleiter)

Rechtliche Verhältnisse

Allgemeine rechtliche Verhältnisse

Name:	Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg
Rechtsform:	Der Eigenbetrieb wird als betriebliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit - Sondervermögen mit Sonderrechnung - im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes in Verbindung mit der Krankenhausbetriebs-Verordnung und den Bestimmungen der Satzung geführt.
Sitz:	Groß-Umstadt

Betriebssatzung:
Es gilt die Betriebssatzung in der Fassung vom 14. Dezember 1999, mit letzter Änderung vom 4. August 2008.

Gegenstand des Eigenbetriebs:
Gegenstand des Eigenbetriebs ist die Unterhaltung des Krankenhausbetriebs. Die Krankenhäuser nehmen im Rahmen des Krankenhausplans des Landes Hessen an der patienten- und bedarfsgerechten stationären Krankenversorgung der Bevölkerung teil. Sie beteiligen sich außerdem im zugelassenen Umfang an der ambulanten Krankenversorgung. Die Krankenhäuser können alle ihren Betriebszweck fördernde und sie wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Festgesetztes Kapital: € 5.620.000,00

Organe:
- Kreistag
- Kreisausschuss
- Betriebskommission
- Betriebsleitung

Betriebsleitung:
Die Krankenhäuser werden auf der Grundlage der Krankenhaus-Betriebssatzung und gemäß der Krankenhausbetriebs-Verordnung nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes geführt.

Die laufende Betriebsführung obliegt nach § 9 der Satzung dem Betriebsleiter. Dieser leitet den Eigenbetrieb in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Zur Zusammensetzung der Betriebsleitung im Berichtsjahr verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird die Betriebsleitung gemäß § 9 Abs. 4 der Krankenhausbetriebssatzung durch den Ärztlichen Direktor, den Verwaltungsleiter und den Pflegedienstleiter unterstützt.

Betriebskommission:
Zu den Mitgliedern der nach Maßgabe des § 7 der Krankenhaus-Betriebssatzung berufenen Betriebskommission sowie zur Zusammensetzung der Krankenhausleitung im Berichtsjahr verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Eine Vertretung der Bürger durch weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen nach § 6 Abs. 3 EigBGes ist in der Satzung nicht vorgesehen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen:
Mit den Kreiskliniken GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, einer 100%-igen Tochter, unterhält der Eigenbetrieb zwei Dienstleistungsverträge, die die Gestellung von Personal und die Durchführung der Ausbildung für das Personal des Eigenbetriebs zum Inhalt haben.

Mit der Dienstleistungs GmbH des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt, einer 100%-igen Tochter, unterhält der Eigenbetrieb nachstehende Vertragsbeziehungen:

- Dienstleistungsvertrag Catering
- Werkvertrag über die Ausführung von Reinigungsarbeiten
- Dienstleistungsvertrag über die Durchführung von Verwaltungsarbeiten
- Dienstleistungsvertrag Medizintechnik
- Dienstleistungsvertrag Technik
- Dienstleistungsvertrag Service.

Die Verträge mit beiden Tochtergesellschaften wurden bisher bei Ablauf um ein weiteres Jahr verlängert.

Sonstige rechtserhebliche Tatbestände von wesentlicher Bedeutung

Wesentliche Verträge:

Gemäß dem Beschluss des Kreistages betraut der Landkreis Darmstadt-Dieburg den Eigenbetrieb mit Wirkung zum 1. Januar 2010 mit der unbefristeten Übernahme von Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch die Betriebsstätten in Groß-Umstadt und in Seeheim-Jugenheim sowie die angegliederte Neurologische Rehabilitationsklinik. Zu den Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen insbesondere medizinische Versorgungsleistungen, Notfalldienste sowie besondere Verpflichtungen im Rahmen von Hilfe bei Katastrophen, Pandemien und Großschadensereignissen.

Weitere wesentliche Verträge, die wegen ihres Gegenstands, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung sind oder werden können, wurden nach den uns gegebenen Auskünften nicht abgeschlossen.

Versicherungen:

Die Prüfung des Versicherungsschutzes lag nicht im Rahmen unseres Auftrags.

Steuerliche Verhältnisse

Der Eigenbetrieb wird unter der Steuernummer 007 250 60272 beim Finanzamt Darmstadt geführt.

Gemäß der Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid 2009 vom 23. Februar 2012 ist die Körperschaft für das Kalenderjahr 2008 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. Abgabenordnung verfolgt.

Ausgenommen davon ist der steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetrieb (Überlassung von Telefonanlagen, Nutzungsentgelte sowie Cafeteria).

Kapitalflussrechnung

		2011 T€	2010 T€
1.	Periodenergebnis	36,4	0,0
2.	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.109,1	3.346,0
3.	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	– 20,9	– 656,3
4.	Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	– 2.757,2	– 2.439,4
5.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	41,1
6.	Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	– 4.364,9	– 1.331,8
7.	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	– 462,2	3.873,4
8.	**Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**	– 3.459,7	2.833,0
9.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,0	3,9
10.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	– 13.418,8	– 9.955,8
11.	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	– 72,1	– 19,7
12.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	13,8	13,7
13.	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	– 13.477,1	– 9.957,9
14.	Einzahlungen von Zuschüssen für Investitionen in das Anlagevermögen	6.048,6	6.734,4
15.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	3.722,9	2.580,0
16.	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	– 1.850,3	– 536,8
17.	**Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit**	7.921,2	8.777,6
18.	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	– 9.015,6	1.652,7
19.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	– 13.281,6	– 14.934,3
20.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	– 22.297,2	– 13.281,6

Definition der Kennzahlen

Kennzahl	Berechnung
Umsatzerlöse je Vollkraft in T€	Umsatzerlöse / Vollkräfte
Materialaufwandsquote in %	Materialaufwand x 100 / Betriebliche Erträge
Personalaufwandsquote in %	Personalaufwand x 100 / Betriebliche Erträge
Personalaufwand je Vollkraft in T€	Personalaufwand / Vollkräfte
Anlagendeckung in %	(Eigenkapital + Sonderposten + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen
Investitionsfinanzierungsquote in %	Sonderposten x 100 / (Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagen)
Eigenkapitalquote II in %	(Eigenkapital + Sonderposten + Saldo aus Ausgleichsposten) x 100 / Bilanzsumme
Fremdkapitalquote (kurzfristig) in %	Kurzfristiges Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme
Liquiditätsgrad I in %	Liquide Mittel x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital
Liquiditätsgrad II in %	(Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital
Liquiditätsgrad III in %	(Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen + Vorräte) x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital

Eigenbetrieb Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW EPS 720 n.F.)

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation anhand des folgenden Fragenkreises zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

Fragenkreis 1:
Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Für die Krankenhausbetriebskommission und die Krankenhausleitung gibt es eine Geschäftsordnung. Die Aufgabenverteilung ist in der Krankenhausbetriebssatzung für den Eigenbetrieb und in der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebes festgelegt.
Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebs. Ein Konzern im handelsrechtlichen Sinn liegt nicht vor. Dem Eigenbetrieb sind wirtschaftlich zwei Tochterunternehmen zugeordnet.

b) Wie viel Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Jahr 2011 haben 9 Sitzungen der Betriebskommission stattgefunden, von denen Niederschriften angefertigt wurden.

c) In welchen weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Auskunftsgemäß ist der Betriebsleiter in keinen Aufsichtsräten und ähnlichen Kontrollgremien tätig. Der stellvertretende Betriebsleiter ist Mitglied im Aufsichtsrat der Krankenpflegeschule des Kreiskrankenhauses Groß-Umstadt und des St. Rochus Krankenhauses Dieburg.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Bezüge der Betriebskommission (Sitzungsgelder) und der Betriebsleitung werden im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2:
Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gib es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die organisatorischen Grundlagen liegen in Form eines entsprechenden Organisationsplans vor. Der Organisationsplan regelt die Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten der Mitarbeiter.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Soweit wir feststellen konnten, wird danach verfahren.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Ja, mit der Dienstanweisung zur Korruptionsvermeidung und zur Regelung der Zusammenarbeit und der Geschäftsbeziehungen mit Externen (Industrie, Auftragnehmer etc.) vom 4. März 2004.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

In der Krankenhausbetriebssatzung und den Geschäftsordnungen für die Krankenhausleitung und die Betriebskommission sind entsprechende Richtlinien enthalten, nach denen verfahren wird.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen.

Fragenkreis 3:
Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen basiert auf Grundlage des Jahresabschlusses, sowie der monatlichen Ergebnishochrechnungen und Quartalsberichte. Die ermittelten Planwerte werden mit den monatlich aktuell ermittelten Hochrechnungswerten abgeglichen. Dies entspricht nach unserer Auffassung den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden auf ihre Ursachen untersucht. Im Rahmen der Berichterstattung an die Betriebskommission/den Kreisausschuss wird diese über wesentliche Abweichungen informiert. Gegebenenfalls werden Abweichungen gemäß der HGO durch einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan neu in das bestehende Genehmigungsverfahren eingestellt.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht grundsätzlich der Größe und den Anforderungen des Eigenbetriebs.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Sowohl die Kreditlinie als auch die Liquidität werden durch die Leitung der Buchhaltung laufend überwacht. Die laufenden Kredite werden von der Finanzwirtschaft der Kreiskliniken überwacht.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Ja, die Entgelte werden grundsätzlich bei Entlassung in Rechnung gestellt. Es ist ein Mahnwesen mit bis zu drei Mahnungen pro Fall und gegebenenfalls anschließender gerichtlicher Verfolgung eingerichtet.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das Controlling entspricht grundsätzlich der Größe und Anforderungen des Eigenbetriebs.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Das Rechnungs- und Berichtswesen ermöglicht grundsätzlich eine Steuerung der Tochtergesellschaften. In der internen Budgetierung sind auch die Kosten für die Tochterunternehmen eingerechnet.

Fragenkreis 4:
Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die finanziellen Risiken sind aufgrund des internen Berichtswesens permanent unter Beobachtung.
Ab dem Jahr 2011 ist zusätzlich eine Risikomanagement-Software im Einsatz

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Nach unserer Auffassung sind die Maßnahmen ausreichend. Anhaltspunkte, dass Maßnahmen nicht durchgeführt werden würden haben sich nicht ergeben.

d) Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Siehe Punkt 4 b).

Fragenkreis 5:
Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?

Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?

Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

Es werden ausschließlich Zinsswaps zur Absicherung der Zinssätze von Darlehen nach Ablauf von Zinsbindungsfristen eingesetzt. Das Management der Darlehen und Zinssicherungsinstrumente obliegt dem zentralen Portfolio-Management des Landkreises Darmstadt-Dieburg, dem auch ein Vertreter der Kreiskliniken angehört. Dort sind die entsprechenden Strategien beschrieben und Richtlinien definiert. Das Portfolio-Management berichtet über seine Arbeit vierteljährlich im Portfolio-Beirat. Abschließende Entscheidungen trifft die Betriebsleitung.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Nein.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

Erfassung der Geschäfte

Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse

Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung

Kontrolle der Geschäfte?

s. Punkt 5 a)

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

s. Punkt 5 a)

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

s. Punkt 5 a)

e) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risiko-lage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

s. Punkt 5 a)

Fragenkreis 6:
Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Aufgrund der Betriebsgröße besteht keine interne Revision. Die Betriebsleitung vergibt diese Aufgabe für bestimmte Themengebiete extern. Im Laufe des Jahres 2012 wird eine Stelle für interne Revision mit 0,5 Vollkräften eingerichtet werden.

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe Punkt 6 a).

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Im Rahmen von Projekten wurden im Jahr 2011 Arbeitsabläufe der Abteilungen Personal und Einkauf überprüft.

d) Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Nein.

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Nein.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Im Bereich Personal wurden neue Listen für Personalanforderung generiert, aus der die Betriebsleitung vor Zustimmung, die Notwendigkeit der Beschäftigung, die voraussichtlich anfallenden Kosten und das zur Verfügung stehende Budget ersehen kann. Kostenstellen für neue Mitarbeiter werden zukünftig wieder über die Abteilung Controlling vergeben.
Im Bereich Einkauf wurde der Logistikdienstleister gewechselt. Zusätzlich wurde der operative Einkauf (Abwicklung der Bestellungen / Preisvergleiche) extern vergeben.

Fragenkreis 7:
Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Hierzu haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Entsprechende Sachverhalte waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Eine Umgehung zustimmungsbedürftiger Maßnahmen durch andere Maßnahmen mit vergleichbarem Ergebnis haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir nicht festgestellt, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und den Beschlüssen des Überwachungsorgans vereinbar sind.

Fragenkreis 8:
Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstigen Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans werden die Investitionskosten und die Finanzierung geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Unseres Erachtens sind die betreffenden Unterlagen grundsätzlich geeignet, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen. Preisverhandlungen erfolgen durch die Einkaufsgemeinschaft Prospitalia ebenso wie die Vertragsprüfung.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja. Es erfolgt eine Überwachung bei der Durchführung der Investitionen.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Es haben sich keine entsprechenden Anhaltspunkte ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9:
Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße haben wir im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Ja, es werden mindestens drei Angebote eingeholt.

Fragenkreis 10:
Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Nach den uns vorgelegten Sitzungsprotokollen hat die Betriebsleitung die Betriebskommission im Hinblick auf deren Aufgaben gemäß der Geschäftsordnung über die Lage des Eigenbetriebes und die Geschäftsentwicklung zweckentsprechend und umfassend unterrichtet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichterstattung basiert auf den zu den Berichtszeitpunkten aktuellen Ist-Daten und vermittelt in jedem Fall einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebs.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnlich, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Soweit ersichtlich wird das Überwachungsorgan zeitnah informiert. Risikoreiche oder nicht ordnungsgemäße abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen waren uns nicht bekannt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Zu keinen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es haben sich keine entsprechenden Anhaltspunkte ergeben.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung ist mit Wirkung zum 23.02.08 einschließlich aller Tochtergesellschaften abgeschlossen worden. Einen Selbstbehalt sieht die Versicherung nicht vor. Der Abschluss der D&O-Versicherung erfolgte im Einvernehmen mit dem Träger.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Es gab keine entsprechenden Interessenkonflikte.

Fragenkreis 11:
Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte für wesentliche stille Reserven haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12:
Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen im Abschnitt D. III. Vermögens- und Finanzlage.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, da ein Konzern im handelsrechtlichen Sinne nicht gegeben ist.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Eigenbetrieb erhielt im Berichtsjahr Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von T€ 868 für Investitionen der Kreisklinken und Mietaufwendungen für die psychiatrische Tagesklinik Dieburg. Anhaltspunkte, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden, haben sich nicht ergeben. Eine Ausgleichzahlung für laufende Verluste aus der Erbringung von Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist im Geschäftsjahr 2011 nicht notwendig, da ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde.

Fragenkreis 13:
Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen im Abschnitt B. II. dieses Prüfungsberichtes.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Gewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

c) Sind Maßnahmen zur Verbesserung der Vermögens- und Finanzlage erforderlich?

Ja, wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen unter Abschnitt D. III. Vermögens- und Finanzlage.

Fragenkreis 14:
Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten / Konzernunternehmen zusammen?

Die Zusammensetzung des Betriebsergebnisses ist aus der Darstellung unter D. III. ersichtlich.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Aufgrund der Endgültigstellung von Vorjahresbudgets mit den Kostenträgern konnten Ausgleichsbeträge in Höhe von T€ 4.477 eingestellt werden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Entfällt, da kein Konzern gegeben.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15:
Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Es wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet. Im Geschäftsjahr 2011 fielen weiterhin hohe Kosten für die Restrukturierung, sowie technische, bauliche und medizinische Weiterentwicklung an.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Fortführung der strategischen und wirtschaftlichen Neuausrichtung mit der Hauptzielsetzung in der Erhöhung der Fallzahlen und Erweiterung des Leitungsangebots. Im Jahr 2011 kamen folgende medizinischen Fachbereiche hinzu: Intensivstation mit Weaning-Einheit, Ausbau Orthopädie im Bereich der Unfallchirurgie in Groß-Umstadt, die Eröffnung des Zentrums für seelische Gesundheit, sowie eine Oberärztin für Pränatal- und Mammadiagnostik. Ferner wurde mit dem Bau zur Modernisierung und Erweiterung der Geriatrischen Abteilung begonnen, der in 2013 abgeschlossen sein wird. Im Geschäftsjahr 2012 wird der Bereich neurologische Rehabilitation am Standort Jugenheim geschlossen und durch eine Ausweitung des Angebots in der Orthopädischen Abteilung ersetzt. Zusätzlich wird die Weaning-Einheit nach Jugenheim verlagert. Die Auslastung der offenen Intensivkapazitäten in Groß-Umstadt ist gewährleistet.

Fragenkreis 16:
Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Besserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Wir verweisen auf unsere Erläuterungen unter 15a) und auf unsere Ausführungen unter Abschnitt D. III. Ertragslage.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Siehe Punkt 15 b)

Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, Groß-Umstadt

1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2011
beihilferechtliche Ausgleichsbilanz

I. Erwartete beihilferechtliche Ausgleichsbilanz inkl. Ermittlung des Soll-Ausgleichs

Nr.	Position	Bereich gemeinwirtschaftliche Aufgaben	Erläuterungen	Andere Aufgaben	Erläuterungen	Plan 2011
		€		€		€
1.	**Plan-Aufwendungen**	**53.524.869**		**116.565**		**53.641.434**
	davon Personalaufwendungen	13.038.176	Der Personalaufwand ist kalkuliert anhand geplanter VK und Ist €/VK zzgl. angenommener Tarifsteigerung von 1,0%	18.008	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	13.056.184
	davon bezogene Leistungen med. Bedarf (insb. K-GmbH)	18.196.796	Hier wirken sich v.a. die Personalaufwendungen der K-GmbH aus. Diese sind ebenfalls kalkuliert anhand geplanter VK und Ist €/VK zzgl. angenommener Tarifsteigerung von 1,0%	60.582	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	18.257.378
	davon bezogene Leistungen Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung (D-GmbH)	4.874.711	Hier sind v.a. die Aufwendungen für die von der D-GmbH bezogenen Leistungen enthalten. Die Leistungen und Preise werden jährlich im Voraus fixiert.	5.154	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	4.879.865
	davon bezogene Leistungen Sonst. Aufwendungen (Aus- und Fortbildung K-GmbH)	983.296	Hier wirken sich v.a. die in der K-GmbH anfallenden Personalaufwendungen für Pflegeschüler und Lehrpersonal aus. Diese sind ebenfalls kalkuliert anhand geplanter VK und Ist €/VK zzgl. angenommener Tarifsteigerung von 1,0%	540	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	983.836
	davon Sachaufwand medizinischer Bedarf	8.063.959	Die Sachaufwendungen für medizinischen Bedarf sind kalkuliert mit einer Preissteigerung von 2,0% und Verbrauchssteigerungsrate von 5,0% auf die (zum Jahresende hochgerechneten) Ist-Kosten zum Zeitpunkt der Planerstellung.	14.455	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	8.078.414
	davon Sachaufwand Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung	4.813.575	Diese Sachaufwendungen sind kalkuliert mit einer Preis- und Verbrauchssteigerungsrate von 2,0% auf die (zum Jahresende hochgerechneten) Ist-Kosten zum Zeitpunkt der Planerstellung.	7.920	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	4.821.495
	davon Zinsaufwand	778.513	Die Zinsaufwendungen für Darlehen sind mit einem Ø Zinssatz von 3,5% kalkuliert und die Zinsaufwendungen für Betriebsmittelkredite mit einem Ø Zinssatz von 1,5%	179	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	778.692
	davon nicht-ergebnisneutrale Abschreibungen	1.590.693	Die Aufwendungen sind entsprechend der Ist-Werte des Vorjahres und unter Berücksichtigung der geplanten Investitionen berechnet.	7.701	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	1.598.394
	davon sonstige Aufwendungen	1.185.150	Die Aufwendungen beinhalten Steuern, Abgaben, Versicherungen, außerordentliche Aufwendungen und sonstige Aufwendungen.	2.026	Die Kosten sind anteilig in Höhe von 15,14% im Verhältnis zum Umsatz angesetzt.	1.187.176
2.	**Erwartete Korrekturposten**	**3.673.837**				
	Ergebnisneutrale Abschreibungen und Aufwand für die Nutzung von Anlagegütern (geförderte Mieten etc.)	2.133.348	Die Aufwendungen sind entsprechend der Ist-Werte des Vorjahres und unter Berücksichtigung der geplanten Investitionen berechnet			
	Aufwand für die Zuführung zum Sonderposten nach KHBV und zu Verbindlichkeiten aus nicht verwendeten Fördermitteln nach KHG	932.000	Die Aufwendungen sind entsprechend der erwarteten Zuschüsse kalkuliert.			
	Aufwand für die Zuführung der Zuschüsse für den Psychiatrie-Neubau zu einem Sonderposter	0	Die Aufwendungen wurden bereits vollständig in den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 verbucht.			
	Zinsen auf unverbrauchte Fördermittel	17.388	Die Aufwendungen sind anhand des Standes der unverbrauchten Fördermittel im letzten Jahresabschluss und der erwarteten Veränderungen im Planungszeitraum berechnet.			
	Kalkulatorische Zinsen auf Fördermittel nach dem KHG	374.006	Die Aufwendungen sind als kalkulatorische Größe anhand des Standes des Sonderpostens nach KHG im letzten Jahresabschluss berechnet			
	Aufwand des Landkreises für die aus dem Sonderinvestitonsprogramm stammende Förderung für den Psychiatrie-Neubau	151.983	Abschreibung des nicht durch Landeszuschuss geförderten Anteils (50%) des Landkreises i.H.v. 45.833,33€ (2.750.000 / 2 / 30 Jahre) + Zinslast über KFA i.H.v. 106.150,00€ (2.750.000 x Zinssatz v. 3,86%) *			
	Kalkulatorischer Aufwand Hegemag-Darlehen	45.112	4% der gemäß Tilgungsplan per 31.12.2011 bestehenden Restschuld i.H.v. 1.127.807,63€.			
	kalkulatorischer Zinsmehraufwand ohne Kassenverstärkungskredite des Kreises Darmstadt-Dieburg	20.000	Der Kassenverstärkungskredit vom Kreis Darmstadt-Dieburg wird zu marktüblichen Konditionen verzinst.			
3.	**Plan-Erträge**	**50.073.750**		**117.273**		**50.191.023**
	davon Erträge aus allgemeinen Krankenhausleistungen	43.133.279	DRG-Erträge sind mit insg. 10.151 Fällen (mit einem mittleren CMI von 1,06) und einem angenommenen Basisfallwert von 2.950 € kalkuliert. Die Erträge der Neurologischen Reha sind mit angenommen 1.116 Fällen und entsprechenden Pflegesätzen berechnet.	0		43.236.467
	davon Erträge aus Aufgaben von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	0	z.Zt. Ausschließlich Einnahmen der Plastischen und Ästhtiechen Chirurgie, die nicht durch eine Kostenübernahme der Krankenkassen erzielt werden.	103.188	Der Betrag beinhaltet hochgerechnet alle Erträge der Plastischen- & Ästhetischen Chirurgie, die nicht mit einer Krankenkasse abgerechnet wurden.	0
	davon Erträge aus ambulanten Leistungen	942.652	Die Erträge aus ambulanten Operationen sind mit einer Stückzahl von 1.923 und entsprechenden durchschnittlichen Erlösen kalkuliert.	0		942.652
	davon Erträge aus Nutzungsentgelten der Ärzte	773.915	Diese Erträge sind anhand der Hochrechnungswerte des Vorjahres und unter Berücksichtigung der nichtbesetzten Chefarztstelle im Bereich Frauenheilkunde/ Gynäkologie kalkuliert.	14.085	Der Betrag beinhaltet hochgerechnet alle Erträge aus Nutzungsentgelten für Kosmetische Behandlungen.	788.000
	davon Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	1.920.933	Diese Erträge sind anhand der Hochrechnungswerte des Vorjahres kalkuliert.	0		1.920.933
	davon Erträge aus Wahlleistungen, Sachbezügen, Zinsen	609.032	Diese Erträge sind anhand der Hochrechnungswerte des Vorjahres kalkuliert.	0		609.032
	davon sonstige ordentliche Erträge	2.693.939	Diese Erträge sind anhand der Hochrechnungswerte des Vorjahres kalkuliert.	0		2.693.939
4.	**Erwartete Ausgleichszahlungen**	**3.673.837**				
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach KHBV	2.133.348	Die Erträge sind entsprechend der Hochrechnungswerte des Vorjahres und unter Berücksichtigung der geplanten neutralen Abschreibungen berechnet.			
	Erträge aus Fördermitteln nach KHG	932.000	Die Erträge sind entsprechend der erwarteten Zuschüsse kalkuliert.			
	Erträge aus Bundeszuschüssen für den Psychiatrie-Neubau	0	Die Erträge wurden bereits vollständig in den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 verbucht			
	Kalkulatorischer Zinsvorteil durch die Liquidität der vorhandenen unverbrauchten Fördermittel	17.388	Die kalkulatorischen Erträge sind anhand des Standes der unverbrauchten Fördermittel im letzten Jahresabschluss und der erwarteten Veränderungen im Planungszeitraum berechnet.			
	Kalkulatorischer Zinsvorteil durch die Investionsförderung nach dem KHG	374.006	Die kalkulatorischen Zinserträge sind anhand des Standes des Sonderpostens nach KHG im letzten Jahresabschluss berechnet.			
	Vorteil durch die Übernahme des Landkreises von Lasten aus dem Sonderinvestitonsprogramm für die Förderung für den Psychiatrie-Neubau	151.983	Abschreibung des nicht durch Landeszuschuss geförderten Anteils (50%) des Landkreises i.H.v. 45.833,33€ (2.750.000 / 2 / 30 Jahre) + Zinslast über KFA i.H.v. 106.150,00€ (2.750.000 x Zinssatz v. 3,86%) *			
	Kalkulatorischer Vorteil Hegemag-Darlehen	45.112	4% der gemäß Tilgungsplan per 31.12.2011 bestehenden Restschuld i.H.v. 1.127.807,63€.			
	Vorteil aus zinsvergünstigten Kassenverstärkungskrediten des Kreises Darmstadt-Dieburg	20.000	Der Kassenverstärkungskredit vom Kreis Darmstadt-Dieburg wird zu marktüblichen Konditionen verzinst			
5.	**Differenzbetrag**	**3.451.119**	= [1.] + [2.] - [3.] - [4.]	**-708**		**3.450.411**
6.	**Soll-Ausgleich**	**3.451.119**	= [5.]	**-708**		**3.450.411**

Jahresabschluss 2011
beihilferechtliche Ausgleichsbilanz

IIa. Endgültige Beihilferechtliche Ausgleichsbilanz mit Korrektur des Soll-Ausgleichs

Stand:

Nr.	Position	korrigierte Dienstl. Von allgem. Wirtsch. Interesse	korrigierte Andere Aufgaben	korrigierter Plan 2011 €	Erläuterungen
1.	**Korrigierte Plan-Aufwendungen**	**55.329.696**	**111.173**	**55.440.869**	
	durch veränderte Personalaufwendungen	12.732.757	16.599	12.749.356	Der Personalaufwand ist mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet. Dies entspricht dem Erlösanteil für Erträge die nicht durch eine Kostenübernahme der Krankenkassen erzielt wurden.
	durch veränderte bezogene Leistungen med. Bedarf (insb. K-GmbH)	19.021.502	60.224	19.081.726	Hier wirken sich v.a. die Personalaufwendungen der K-GmbH aus. Diese sind ebenfalls mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
	durch veränderte bezogene Leistungen Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung (D-GmbH)	4.881.598	4.216	4.885.814	Hier sind v.a. die Aufwendungen für die von der D-GmbH bezogenen Leistungen enthalten. Die Leistungen sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
	durch veränderte bezogene Leistungen Sonst. Aufwendungen (Aus- und Fortbildung K-GmbH)	959.244	536	959.780	Hier wirken sich v.a. die in der K-GmbH anfallenden Personalaufwendungen für Pflegeschüler und Lehrpersonal aus. Diese sind ebenfalls mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
	durch veränderte Sachaufwand medizinischer Bedarf	8.468.834	14.621	8.483.455	Die Sachaufwendungen für medizinischen Bedarf sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
	durch veränderten Sachaufwand Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung	5.726.695	7.899	5.734.594	Diese Sachaufwendungen sind mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 14,65% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
	durch veränderten Zinsaufwand	715.773	175	715.948	Die Zinsaufwendungen sind mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte nicht-ergebnsineutrale Abschreibung	1.495.949	4.985	1.500.934	Die Aufwendungen sind mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte sonstige Aufwendungen	1.327.344	1.918	1.329.262	Die Aufwendungen beinhalten Steuern, Abgaben, Versicherungen, außerordentliche Aufwendungen und sonstige Aufwendungen und sind mit den Buchwerten aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt. Die Aufwendungen der Plastischen Chirurgie wurden zu 15,80% dem Bereich Andere Aufgaben zugerechnet.
2.	**Tatsächliche Korrekturposten**	**4.409.140**	**0**	**4.409.140**	
	neutrale Abschreibungen und Aufwand für die Nutzung von Anlagegütern (geförderte Mieten etc.)	2.717.115		2.717.115	Die Aufwendungen sind entsprechend der Buchwerte des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 angesetzt.
	Aufwand für die Zuführung zum Sonderposten nach KHBV und zu Verbindlichkeiten aus nicht verwendeten Fördermitteln nach KHG	851.171		851.171	Die Aufwendungen sind in Höhe der Fördermittelbescheide für pauschale Förderung gem. § 25 HKHG eingestellt und entsprechen den Buchwerten im Jahresabschluss zum 31.12.2011
	Aufwand für die Zuführung der Zuschüsse für den Psychiatrie-Neubau zu einem Sonderposten	0		0	Die Aufwendungen betreffen den Zuschuss des Landkreises zum Neubau der Psychiatrie. Im Jahr 2011 sind keine weiteren Zuschüsse gewährt worden.
	Zinsen auf unverbrauchte Fördermittel	8.789		8.789	Die unverbrauchten Fördermittel sind mit einem durchschnitt- lichem Marktzins von 1,9% für Kassenkredite berechnet worden und entsprechem dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011.
	Kalkulatorische Zinsen auf Fördermittel nach dem KHG	634.970		634.970	Die Aufwendungen sind als kalkulatorische Größe anhand des Mittels zwischen dem Stand des Sonderpostens nach KHG im Jahresabschluss zum 31.12.2010 und dem 31.12.2011 mit einem durchschnittlichem Marktzins von 1,9% berechnet.
	Aufwand des Landkreises für die aus dem Sonderinvestitonsprogramm stammende Förderung für den Psychiatrie-Neubau	151.983		151.983	Abschreibung des nicht durch Landeszuschuss geförderten Anteils (50%) des Landkreises i.H.v. 45.833,33 € (2.750.000 / 2 / 30 Jahre) + Zinslast über KFA i.H.v. 106.150,00 € (2.750.000 x Zinssatz v. 3,86%) *
	Kalkulatorischer Aufwand Hegemag-Darlehen	45.112		45.112	4% der gemäß Tilgungsplan per 31.12.2011 bestehenden Restschuld i.H.v. 1.141.561,38 €.
	kalkulatorischer Zinsmehraufwand ohne Kassenverstärkungskredite des Kreises Darmstadt-Dieburg	0		0	Der Kassenverstärkungskredit vom Kreis Darmstadt-Dieburg wird zu marktüblichen Konditionen verzinst.
3.	**Korrigierte Plan-Erträge**	**55.335.964**	**141.370**	**55.477.334**	
	durch veränderte Erträge aus allgemeinen Krankenhausleistungen	43.858.468	0	43.858.468	Die Erträge aus Krankenhausleistungen sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte Erträge aus Aufgaben von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	-117.750	117.750	0	z.Zt. Ausschließlich Einnahmen der Plastischen und Ästhtiechen Chirurgie, die nicht durch eine Kostenübernahme der Krankenkassen erzielt werden. Der Betrag wurde anhand der Kostenstellenrechnung zugeordnet und ermittelt.
	durch veränderte Erträge aus ambulanten Leistungen	1.020.797	0	1.020.797	Die Erträge aus ambulanten Leistungen sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte Erträge aus Nutzungsentgelten der Ärzte	851.947	23.620	875.567	Die Erträge aus Nutzungsentgelten der Ärzte sind mit dem Buch- wert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt. Die Einnahmen aus Nutzungsentgelten der Plastischen und Ästhetischen Chirurgie, die nicht im Rahmen des allgemeinen wirtschaftlichem Intresse erzeilt wurden, sind den Anderen Aufgaben zugerechnet worden.
	durch veränderte Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	1.729.615	0	1.729.615	Die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben sind mit dem Buch- wert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte Erträge aus Wahlleistungen, Sachbezügen, Zinsen	665.445	0	665.445	Die Erträge aus Wahlleistungen, Sachbezügen, Zinsen sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum .31.12.2011 angesetzt.
	durch veränderte sonstige ordentliche Erträge	7.327.443	0	7.327.443	Die sonstigen ordentlichen Erträge sind mit dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 angesetzt.
4.	**Tatsächliche Ausgleichszahlungen**	**4.409.140**	**0**	**4.409.140**	
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach KHBV	2.717.115		2.717.115	Die Erträge sind entsprechend der Buchwerte des Jahresab- schlusses zum 31.12.2011 angesetzt.
	Erträge aus Fördermitteln nach KHG	851.171		851.171	Die Erträge sind in Höhe der Fördermittelbescheide für pauschale Förderung gem. § 25 HKHG eingestellt und entsprechen den Buchwerten im Jahresabschluss zum 31.12.2010
	Erträge aus Bundeszuschüssen für den Psychiatrie-Neubau	0		0	Die Erträge betreffen den Zuschuss des Landkreises zum Neubau der Psychiatrie und entsprechen dem Buchwert im Jahresabschluss zum 31.12.2010
	Erträge aus Zinsen von unverbrauchten Fördermitteln	8.789		8.789	Die unverbrauchten Fördermittel sind mit einem durchschnitt- lichem Marktzins von 1,9% für Kassenkredite berechnet worden und entsprechem dem Buchwert aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2011.
	Kalulatorischer Zinsertrag aus Fördermitteln nach dem KHG	634.970		634.970	Die Aufwendungen sind als kalkulatorische Größe anhand des Mittels zwischen dem Stand des Sonderpostens nach KHG im Jahresabschluss zum 31.12.2010 und dem 31.12.2011 mit einem durchschnittlichem Marktzins von 1,9% berechnet.
	Kalkulatorischer Ertrag des Landkreises für die aus dem Sonderinvestitonsprogramm stammende Förderung für den Psychiatrie-Neubau	151.983		151.983	Abschreibung des nicht durch Landeszuschuss geförderten Anteils (50%) des Landkreises i.H.v. 45.833,33 € (2.750.000 / 2 / 30 Jahre) + Zinslast über KFA i.H.v. 106.150,00 € (2.750.000 x Zinssatz v. 3,86%) *
	Kalkulatorischer Vorteil Hegemag-Darlehen	45.112		45.112	4% der gemäß Tilgungsplan per 31.12.2011 bestehenden Restschuld i.H.v. 1.141.561,38 €.
	Kalkulatorischer Vorteil aus zinsvergünstigten Kassenverstärkungskrediten des Kreises Darmstadt-Dieburg	0		0	Der Kassenverstärkungskredit vom Kreis Darmstadt-Dieburg wird zu marktüblichen Konditionen verzinst.
5.	**Differenzbetrag**	**-6.268**	**-30.197**	**-36.465**	= [1.] + [2.] - [3.] - [4.]
6.	**Korrigierter Soll-Ausgleich**	**0**	**0**	**0**	= [5.]

Jahresabschluss 2011
beihilferechtliche Ausgleichsbilanz

IIb. Ermittlung der tatsächlichen Nettomehrkosten

Stand:

Nr.	Position	korrigierte Dienstl. Von allgem. Wirtsch. Interesse	korrigierte Andere Aufgaben	korrigierter Plan 2011 €	Erläuterungen
7.	**IST Aufwendungen**	**55.329.696**	**111.173**	**55.440.869**	
	davon Personalaufwendungen	12.732.757	16.599	12.749.356	
	davon bezogene Leistungen med. Bedarf (insb. K-GmbH)	19.021.502	60.224	19.081.726	
	davon bezogene Leistungen Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung (D-GmbH)	4.881.598	4.216	4.885.814	
	davon bezogene Leistungen Sonst. Aufwendungen (Aus- und Fortbildung K-GmbH)	959.244	536	959.780	
	davon Sachaufwand medizinischer Bedarf	8.468.834	14.621	8.483.455	
	davon Sachaufwand Lebensmittel, Energie, Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf, Instandhaltung	5.726.695	7.899	5.734.594	
	davon Zinsaufwand	715.773	175	715.948	
	davon nicht-ergebnsineutrale Abschreibung	1.495.949	4.985	1.500.934	
	davon sonstige Aufwendungen	1.327.344	1.918	1.329.262	
8.	**IST Korrekturposten**	**4.409.140**	**0**	**4.409.140**	
	neutrale Abschreibungen und Aufwand für die Nutzung von Anlagegütern (geförderte Mieten etc.)	2.717.115		2.717.115	
	Aufwand für die Zuführung zum Sonderposten nach KHBV und zu Verbindlichkeiten aus nicht verwendeten Fördermitteln nach KHG	851.171		851.171	
	Aufwand für die Zuführung der Zuschüsse für den Psychiatrie-Neubau zu einem Sonderposten	0		0	
	Zinsen auf unverbrauchte Fördermittel	8.789		8.789	
	Kalkulatorische Zinsen auf Fördermittel nach dem KHG	634.970		634.970	
	Aufwand des Landkreises für die aus dem Sonderinvestitonsprogramm stammende Förderung für den Psychiatrie-Neubau	151.983		151.983	
	kalkulatorischer Zinsmehraufwand ohne Kassenverstärkungskredite des Kreises Darmstadt-Dieburg	45.112		45.112	
9.	**IST Erträge**	**55.335.964**	**141.370**	**55.477.334**	
	davon Erträge aus allgemeinen Krankenhausleistungen	43.858.468		43.858.468	
	davon Erträge aus Aufgaben von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	-117.750	117.750	0	
	davon Erträge aus ambulanten Leistungen	1.020.797		1.020.797	
	davon Erträge aus Nutzungsentgelten der Ärzte	851.947	23.620	875.567	
	davon Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	1.729.615		1.729.615	
	davon Erträge aus Wahlleistungen, Sachbezügen, Zinsen	665.445		665.445	
	davon veränderte sonstige ordentliche Erträge	7.327.443		7.327.443	
10.	**Angemessene Rendite**				
11.	**Tatsächliche Nettomehrkosten**	**4.402.872**	**-30.197**	**4.372.675**	= [7.] + [8.] - [9.] + [10.]

Jahresabschluss 2011
beihilferechtliche Ausgleichsbilanz

IIc. Beihilfenrechtliche Abrechnung

Stand:

Nr.	Position	Jahresabschluss 2011 €	Erläuterungen
12.	korrigierter Soll-Ausgleich	0	= [6.]
13a.	Korrekturposten Ausgleichszahlungen	4.409.140	= [4.], da Ausgleichszahlungen in [12.] enthalten, in [11.] aber nicht
13b.	Korrekturposten Rendite	0	= [10.], da Rendite in [11.] enthalten, in [12.] aber nich
14.	**Vergleichbar gemachter Soll-Ausgleich**	**4.409.140**	**= [12.] + [13a] + [13b]**
15.	**Tatsächliche Nettomehrkosten**	**4.372.675**	**= [11.]**
16.	**Maßgeblicher Betrag**	**4.372.675**	**= geringerer Betrag aus [14.] und [15.]**
17.	**Tatsächlich empfangene Ausgleichszahlungen**		tatsächliche Einnahmen aus Ausgleichzahlungen
17a.	Alle Ausgleichszahlungen außer der vom Kreis nach Betrauung	4.409.140	= [4.]
17b.	Ausgleich des Kreises nach Betrauung	1.779.540	Als Verbindlichkeit erfasst
18.	**Summe**	**6.188.680**	**= [17a.] + [17b.]**
19.	**Unter-/Über-Kompensation**	**-1.816.005**	**= [16.] - [18.]**
20.	**Übertrag**	**-36.465**	**= [19.], wenn < 10% von [18.]**

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

Lizenziert für die CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Vertrag-Nr. 1601/0309/a/bb

52001 KND
1/2002

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für die CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Vertrag-Nr. 1601/0309/a/bb